

Andrea Schmelz

Die West-Ost-Migration aus der Bundesrepublik in die DDR 1949–1961

Bislang ist kaum ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt, dass von der Staatsgründung der DDR 1949 bis zum Mauerbau 1961 mehr als 600.000 Menschen aus dem Westen des geteilten Deutschlands in den Osten wanderten. Die West-Ost-Migration in die DDR setzte sich aus zwei Migrantengruppen zusammen – zu zwei Dritteln aus zurückkehrenden »Republikflüchtlingen« und zu einem Drittel aus Bürgern mit vorherigem Wohnsitz in der Bundesrepublik. In der DDR-Bürokratie wurde die erste Gruppe »Rückkehrer« und die zweite »Zuziehende«, oft auch »Erstzuziehende«, genannt. Nachfolgend sind beide als Gruppe der West-Ost-Migranten zusammengefasst.¹

Die West-Ost-Migration im Nachkriegsdeutschland führt uns gleichsam beispielhaft an die Wurzeln der deutsch-deutschen Entfremdung, an die langen Schatten also, die der Kalte Krieg geworfen hat. Das Besondere liegt darin, dass die West-Ost-Migration beiderseits der innerdeutschen Grenze für die jeweiligen Interessen des Staates instrumentalisiert wurde. Die politische Spaltung hat einen alltäglichen Vorgang wie den Umzug von einem Teil des Landes in den anderen zu einem politischen Akt transformiert.

Die Erforschung der West-Ost-Migration ist gleichermaßen dem Feld der Flüchtlings- und Vertriebenenforschung und der deutsch-deutschen Zeitgeschichte zuzuordnen. Sowohl der historischen als auch der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Forschung ist die Frage nach der *deutsch-deutschen West-Ost-Migration nur selten als ein befragenswerter Forschungsgegenstand* bewusst geworden.² Für die Thematisierung der West-Ost-Migration in der west- wie ostdeutschen medialen Öffentlichkeit war symptomatisch, dass sie dann als politisches und soziales Problem Konjunktur hatte, wenn sie den Interessen des jeweiligen Staates nützte oder diese zu gefährden drohte.³ Von episodenhaften Ausnahmen abgesehen, bewegte sie sich folglich in der Grau- und Tabuzone

1 Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1953 wurden diese beiden Gruppen statistisch getrennt erfasst. Als Rückkehrer galten alle Personen, die nach dem Stichtag 8. Mai 1945 im Gebiet der SBZ bzw. späteren DDR wohnten; Zuziehende waren Personen, die entsprechend ihren Wohnsitz in den westlichen Besatzungszonen bzw. dem Territorium der späteren Bundesrepublik hatten. Vgl. Aktenvermerk vom 18.1.1957, BA, DO 1-34/27110. Um der Begriffsverwirrung vorzubeugen, sei angemerkt, dass sich diese Definitionen aus Sicht der Bundesrepublik verschoben: Die in der Aufnahmebürokratie der DDR als Rückkehrer bezeichneten Wanderungsfälle nannte man in der Bundesrepublik »Rückwanderer«. »Rückkehrer« hingegen waren für die bundesdeutsche Aufnahmebürokratie – im umgekehrten Sinne – sowohl Bürger aus der Bundesrepublik, die erstmals in die DDR abwanderten, als auch Personen, die die DDR zum zweiten Mal verließen. Wer mehrfach hin- und herwanderte galt in der Bundesrepublik als Pendler. Vgl. Leiter Notaufnahmeverfahren Uelzen an BMVt, 20.2.1960, BA, B 150/6661.

2 Mit Ausnahme einer Anfang 1960 vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen in Auftrag gegebenen Studie, für die jedoch nur eine Auswertung in Tabellenform vorliegt. *Infratest* (Hrsg.), Die Wanderungsbewegung von der Bundesrepublik nach der Sowjetzone Deutschlands, Tabellenband I: Die West-Ost-Wanderung ehemaliger Sowjetzonenflüchtlinge, März 1961; Tabellenband II: Die West-Ost-Wanderung von Bürgern der Bundesrepublik, Juli 1961; *Infratest* (Hrsg.), Die West-Ost-Wanderung ehemaliger Sowjetzonen-Flüchtlinge, Band III (Mai 1962); *Infratest* (Hrsg.), Die West-Ost-Wanderung von Bürgern der Bundesrepublik, Band IV (Mai 1962).

3 Vgl. Murray Edelman, *Construction of Political Spectacle*, Chicago/London 1988.

öffentlichen Interesses. Als Ursachen für diese Nichtbeachtung in der Öffentlichkeit und der Forschung lassen sich, neben methodischen Gründen und Fragen der wissenschaftlichen Praktikabilität, vielfältige inhaltliche Überlegungen anführen.

– Im politischen Diskurs der Bundesrepublik waren die West-Ost-Migranten weitgehend ausgeblendet, weil das Hauptinteresse den »SBZ-Flüchtlingen« (SBZ: Sowjetische Besatzungszone) galt. Generell hat die in der westlichen Welt geprägte Diskussion über den »politischen« Flüchtling in der Ära des Kalten Krieges in der Bundesrepublik wie in der internationalen Politik dazu beigetragen, den Blick auf die Wanderung in die umgekehrte Richtung zu verstellen.⁴ Politische Flüchtlinge kamen nach diesem Verständnis vor allem aus totalitären Staaten, die östlich des Eisernen Vorhangs lagen.

– Die West-Ost-Migration unterlag in der DDR einem starken Legitimationsdruck. So ist das Schicksal der West-Ost-Migranten einer stark ausgeprägten Propaganda ausgesetzt gewesen. Zugleich waren die West-Ost-Migranten aufgefordert, sich rasch und reibungslos in die sozialistische Gesellschaft zu integrieren.

– Weder im Osten noch im Westen des geteilten Landes bestand eine Interessenvertretung, die sich der spezifischen Belange von West-Ost-Migranten annahm. Für die bekanntesten Flüchtlingsverbände in der Bundesrepublik, insbesondere den Verband der Sowjetzonenflüchtlinge, der explizit nur die politischen, gesellschaftlichen und sozialen Interessen der DDR-Flüchtlinge verfolgte, standen Rückkehrer außerhalb ihres Blickfeldes. In der DDR war die Gründung einer Interessengemeinschaft der West-Ost-Migranten nicht erlaubt, obgleich dies wiederholt aus ihren Reihen gefordert wurde.

– Auch die Evangelische Kirche in Ost wie in West, die für »SBZ-Flüchtlinge« ein bedeutsames sozialpolitisches, sozialfürsorgerisches wie seelsorgerisches Angebot bereit hielt und sich stark für diese Personen einsetzte, schenkte den spezifischen Belangen der West-Ost-Migranten keine Aufmerksamkeit.

– Die Tatsache, dass die deutsch-deutsche West-Ost-Migration in der Forschungsliteratur ein kaum beachteter Gegenstand war, lässt sich auch mit den politischen Interessen und den wissenschaftlichen Zielsetzungen der Flüchtlings- und Vertriebenenforschung in der Bundesrepublik, der »Umsiedlerforschung« in der DDR, wie auch mit den vergleichenden Ansätzen nach 1989 erklären.⁵ »Rückwanderung« im eigentlichen Sinne ist von der Flüchtlings- und Vertriebenenforschung nicht thematisiert worden, weil

4 Der Kalte Krieg gilt als Hauptverursacher der Flüchtlingsprobleme in ost-westlicher Richtung. Vgl. allgemein *Elisabeth Ferris*, Overview: Refugees and World Politics, in: *dieselbe* (Hrsg.), *Refugees and World Politics*, New York 1985, S. 1–25; *Anna Bramwell* (Hrsg.), *Refugees in the Age of Total War*, London/Boston 1988; zum ideengeschichtlichen Diskurs siehe die Studie von *Volker Ackermann*, *Der »echte« Flüchtling*, Osnabrück 1995. *Göran Rystan* (Hrsg.), *The Uprooted. Forced Migration as an International Problem of the Post-War Era*, Lund 1990. *Michael R. Marrus*, *The Unwanted: European Refugees in the Twentieth Century*, Oxford 1996. *Leon Gordenker*, *Refugees in International Politics*, Sydney 1987. *Louise W. Holborn*, *Refugees: A Problem of Our Time: The Work of the United Nations High Commissioner for Refugees, 1951–1972*, 2 Bde., NY Methuen 1975. *Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen* (Hrsg.), *Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt. UNHCR-Report 2000/2001, 50 Jahre humanitärer Einsatz*, Bonn 2000.

5 Zum neueren Forschungsstand: Vgl. *Thomas Grosser*, Die Flüchtlingsfrage in der sozialgeschichtlichen Erweiterung, in: *Sylvia Schraut/Thomas Grosser*, *Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft*, Mannheim 1996, S. 19–30. Zum älteren Forschungsstand sowie -perspektiven resümierend *Klaus J. Bade*, Sozialhistorische Migrationsforschung und »Flüchtlingsintegration«, in: *Rainer Schulze u. a.* (Hrsg.), *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die zukünftige Forschung*, Hildesheim 1987, S. 126–162, insb., S. 145–162. *Edgar Wolfrum*, Zwischen Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik. Forschungen zu Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *AfS* 36, 1996, S. 500 f. *Josef Henke*, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Zur Quellenlage und Historiographie, in: *Deutsche Studien* 32, 1995, S. 137–148. *Hans-Werner Rautenberg*,

sie politisch unmöglich erschien.⁶ Eindeutig Vorrang hatte die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge. Sie blieb allenfalls als vage Hoffnung der Individuen bzw. als radikalutopische Forderung der Vertriebenenverbände virulent.⁷

Über eine historisch-genetische Untersuchung soll die Eigendynamik der West-Ost-Migration in die DDR nachgezeichnet werden. Das Forschungsinteresse konzentriert sich auf das politische Handeln des SED-Regimes gegenüber der West-Ost-Migration.⁸ Untersucht wird die politisch-administrative Regulierung der Wanderung von West nach Ost im geteilten Deutschland. Die Darstellung konzentriert sich auf die folgenden Fragestellungen:

- Wie sah das Profil der West-Ost-Wanderungsbewegung aus? Welche Verlaufsphasen wies sie auf? Welche Motive lagen ihr zugrunde?
- Welche Versuche der Einflussnahme und Förderung des Zuzugs und der Rückkehr aus der Bundesrepublik durch die DDR hat es gegeben?
- Welche Wahrnehmung der West-Ost-Migration bildete sich bei den politischen Akteuren heraus, und wie beeinflusste sie die Aufnahmepolitik?
- Wie gestaltete sich die Eingliederung der West-Ost-Migranten unter den Rahmenbedingungen, die die Aufnahmebürokratie setzte?

Die Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 53/1997, S. 15–23. *Mathias Beer* (Hrsg.), *Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektive der Forschung*, Sigmaringen 1994, S. 11–21; *Rolf Messerschmidt*, *Mythos Schmelztiegel! Einige Neuerscheinungen der Flüchtlingsforschung der letzten Jahre*, in: *Neue Politische Literatur* 37, 1992, S. 34–55. Vergleichend zu den Flüchtlingen in West- und Ostdeutschland die Beiträge in: *Manfred Wille* (Hrsg.), *50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaft der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR*, Magdeburg 1997. *Dierk Hoffmann/Michael Schwartz* (Hrsg.), *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR*, München 1999. Zur Geschichtspolitik in der DDR: *Michael Schwartz*, *Vertreibung und Vergangenheitspolitik: ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten*, in: *Deutschland-Archiv* 30, 1997, S. 177–195. Zum Umgang mit Flucht und Vertreibung in der DDR: *Klaus Knabe*, »Flucht und Vertreibung« – Tabuthema im Geschichtsunterricht der DDR, in: *Geschichte Erziehung Politik* 5, 1994, S. 620–627. *Gerald Christopeit*, *Verschwiegene vier Millionen: Heimatvertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone*, in: *Jahrbuch für Deutsche und Osteuropäische Volkskunde* 38, 1995, S. 222–252. *Michael Schwartz*, *Integration von Flüchtlingen im Nachkriegsdeutschland: ein Forschungskolloquium des Instituts für Zeitgeschichte*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 44, 1996, S. 629–631.

6 *Hiddo Jolles*, *Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge*, Köln/Berlin 1965, S. 138 ff.

7 *Arnold Syttowek*, *Flüchtlingseingliederung in Westdeutschland. Stand und Probleme der Forschung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39, 1989, S. 38–46, S. 44.

8 West-Ost-Migration spielte innerhalb der West-Politik der SED eine nicht unerhebliche Rolle. In der Forschung findet sie bislang keine Beachtung. Vgl. zuletzt: *Heike Amos*, *Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. »Arbeit nach Westdeutschland« durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit*, Berlin 1999.

1. SOZIOGRAPHIE DER OST-WEST-MIGRATION: UMFANG UND STRUKTUR

Umfang und Struktur der Zuwanderung aus der Bundesrepublik waren für die DDR, die sehr hohe Bevölkerungs- und Arbeitskräfteverluste zu beklagen hatte, von herausragender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung.⁹ Die Gegenwanderung aus dem Westen galt sowohl als ein Remedium für die prekäre politische Legitimität als auch für die gefährdete Ökonomie des Landes. Folglich ließen sich die zahlreichen auf Partei-, Regierungs- und Staatssicherheitsebene angestellten »Analysen«, die nach Erklärungen und den »wahren« Ursachen für die Abwanderung suchten, auch immer von der Frage leiten, inwieweit der Zuzug aus dem Westen einen Ausgleich für die hohe Abwanderung erbringen konnte.

Statistische Quellen bieten in erster Linie die Möglichkeit, das für ein soziales Phänomen Typische in seinen Konturen herauszuarbeiten, doch darf die Genauigkeit dieser Zahlen nicht zu hoch veranschlagt werden. Zahlenreihen suggerieren eine vermeintliche Objektivität. Als Kondensat einer Vielzahl von individuellen Wanderungsvorgängen reduzieren jedoch diese summarischen statistischen Ziffern die Komplexität der damit verbundenen Einzelschicksale ganz beträchtlich. Zur Kontrastierung der soziographischen Strukturen auf massenstatistischer Basis seien im folgenden einige Wanderungsschicksale geschildert:

1. Beispiel für mehrfache Erfassung: Frau Emma S. kam mit ihrer Mutter, einer Buchhalterin, und einem drei Jahre jüngeren Bruder als zwölfjährige von Ost-Berlin nach Baden-Württemberg. Der Mutter gelang es aufgrund ihres Alters nicht mehr, in ihrem Beruf als Verlagssekretärin Fuß zu fassen. Nach der Schulentlassung 1957 kehrte Emma S. in die DDR zurück, begann eine Gärtnerlehre und lebte bei einer Tante. Aufgrund eigener Krankheit unterbrach sie die Lehre für ein halbes Jahr und kehrte zur Mutter zurück. Als sie nach ihrer Genesung in Westdeutschland keine adäquate Lehrstelle finden konnte, setzte sie ihre Lehre im alten Betrieb in der DDR fort. Nach Beendigung der Lehrzeit Ende 1960 zwang sie eine schwere Krankheit der Mutter zu einen mehr-

9 Während es viele Analysen über den Bevölkerungsverlust der DDR durch die Abwanderung gibt, wurde die Gegenwanderung angesichts der schwierigen Quellenlage in zeitgenössischen Untersuchungen der Bundesrepublik nicht thematisiert. Vgl. *Heinz Kabermann*, Die Bevölkerung des sowjetischen Besatzungsgebiete. Bestands- und Strukturveränderungen 1950–1957, Bonn 1961 (Hrsg. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen). *Dietrich Storbeck*, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland. Eine sozialstatistische Bevölkerungsanalyse im gesamtdeutschen Vergleich, Berlin 1964, S. 8–67; *ders.*, Das Arbeitskräftepotential als strukturelle Bedingung der wirtschaftlichen Entwicklung in Mitteldeutschland bis 1965, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 117, 1961, Heft 2, S. 232–254. Zu den Veröffentlichungen nach 1989, siehe: *Hartmut Wendt*, Von der Massenflucht zur Binnenwanderung. Die deutsch-deutschen Wanderungen vor und nach der Vereinigung, *Geographische Rundschau* 46, 1994, S. 136–140. *Heinz-Günther Steinberg*, Die Bevölkerungsentwicklung in den beiden Teilen Deutschlands, in: *Volker Ackermann* u. a. (Hrsg.), *Anknüpfungen. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger*, Essen 1995, S. 383–395. – In allen Jahresberichten, Analysen sowie Berichten, die in verschiedenen Institutionen der DDR angefertigt wurden, ist die Frage der negativen Wanderungsbilanz und ihre demographisch-ökonomischen Folgen zentral. Erstmals ist der stark negative Trend in der Bevölkerungsbewegung der DDR offenbar im Hochsommer 1955 in einem Bericht für das Politbüro thematisiert worden, der die Entwicklung seit 1950 analysierte. Vgl. Vorlage für das Politbüro (Entwurf, August 1955), BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/396. Vgl. im weiteren vor allem die folgenden Berichte: Bericht über die Entwicklung der Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der Wanderungsbewegung nach Westdeutschland und West-Berlin im Jahre 1958, BA, SAPMO, Ny 4090/448, Bl. 116–150; Bericht über die Entwicklung der Wanderung über die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik bis zum 31.12.1961, (Hrsg. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik), Archiv des Statistischen Bundesamtes, E-2/1721.

monatigen Aufenthalt in Stuttgart. Im März 1961, wenige Monate vor dem Mauerbau, kehrte sie wiederum zu ihrem Verlobten in die DDR zurück.¹⁰

2. Beispiel für einen statistisch nicht erfassten Wanderer: Hans-Walter S., der zwischen 1952 und 1956 ein Theologiestudium in Westberlin, Tübingen und Mainz absolvierte, hatte sich nie in der DDR abgemeldet, da er selbst davon überzeugt war, dass er nach dem Studium wieder in die DDR zurückkehren würde.¹¹

3. Ein bewegtes Wanderleben: Franz W. verließ im Frühjahr 1950 zusammen mit seiner Mutter die DDR. Er kehrte Ende 1953 alleine in die DDR zurück, da er keine Lehrstelle in der Bundesrepublik finden und in Erfurt eine Schlosserausbildung absolvieren konnte. Noch vor Beendigung der Lehre ging er 1956 erneut in den Westen. Ohne Berufsabschluss fasste er nur schwer Fuß und schlug sich mit Hilfsarbeiten durch. Noch im gleichen Jahr verstarb die Mutter. Er lernte eine junge Kindergärtnerin kennen, die ein ähnliches Schicksal wie er hatte. Als die junge Frau im Frühjahr 1960 schwanger wurde, entschlossen sich beide, gemeinsam in die DDR zurückzukehren. Jung, ohne Ausbildung, in Existenznot geraten und im Westen weitgehend ohne familiäre Bindung, richtete sich ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft in der DDR.¹²

Neben Unzulänglichkeiten, die generell in der statistischen Erfassung beklagt werden, kommt bei der deutsch-deutschen West-Ost-Migration die Problematik hinzu, dass es sich um eine politisch hochbrisante Wanderung handelte. In der Ära des Kalten Krieges war das Interesse des westlichen Teilstaates, die West-Ost-Wanderungsbewegung herunterzuspielen¹³, der östliche Teilstaat hingegen tendierte dazu, in der Presse zu hohe Zuwanderungszahlen zu veröffentlichen.¹⁴

Wanderungstatistische Zahlen wurden während der staatlichen Existenz der DDR nie zusammenhängend veröffentlicht. Für die Publikationspolitik war charakteristisch, dass statistisch besonders günstige Konstellationen – wie beispielsweise im Jahr 1959 – her-

10 Interview am 12.3.1997.

11 Interview am 22.1.1997.

12 Interview am 15.8.1996.

13 In den 1950er und 1960er Jahren wurden mindestens drei »Propagandaschlachten« um die Zahlen der West-Ost-Migration zwischen der DDR und der BRD ausgefochten: 1952/53, 1955/56 sowie 1959–1961. Sie konzentrierten sich vorwiegend auf die Jahre, in denen die deutsch-deutsche Auseinandersetzung in der internationalen Politik besondere Aufmerksamkeit auf sich zog. Vgl. Vermerk: Abwanderung aus der Bundesrepublik in die SBZ vom 10.12.1952, BA, B 137/4, Schreiben BfG an die Innenminister der Länder vom 21.11.1953, BA, B 137/5; 1959/1961: Vgl. Die Abwanderung von Personen aus der Bundesrepublik und Berlin (West) nach der sowjetischen Besatzungszone (Anfang 1959), BA, B 137/3; Die Rück- und Abwanderung aus der Bundesrepublik in die Sowjetzone, 8.8.1960, BA, B 106/22256; Schreiben BMfG an Archiv für gesamtdeutsche Fragen vom 21.7.1961, BA, B 137/1238; 1965/66: Auswärtiges Amt an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik, betr. Übertritte von Deutschen aus dem Bundesgebiet in die SBZ, 13.5.1965, BA, B 137/1238; siehe auch den folgenden Situationsbericht: SED-Propaganda mit »Umsiedlern und Rückkehrern« vom 17.8.1966, BA, B 209/485. Siehe auch Ackermann, 1995, S. 226 f.

14 MdI, Adjutantur, an Leiter der Abt. Innere Angelegenheiten vom 11.12.1959, BA, DO 1-34/21727. Vgl. auch Einschätzung für das Jahrbuch der DDR 1960, ebd. Als Antwort auf die Zahlenpropaganda der DDR erfolgten seit Mitte des Jahres 1955 innerhalb der bundesrepublikanischen Ministerialbürokratie zahlreiche Schätzungsversuche. Diese waren allesamt von dem Bestreben geleitet, die Faktoren ins Feld zu führen, die die Abwanderung aus der Bundesrepublik in die DDR so niedrig als möglich erscheinen ließen. Vgl. die zusammenfassenden Überlegungen der Statistiker: Statistisches Bundesamt an BMVt vom 16.1.1957, BA, B 106/22259; Die Rückwanderung und Abwanderung aus der Bundesrepublik in die Sowjetzone, 5.8.1960, BA, B 106/22256.

vorgehoben wurden.¹⁵ Im übrigen wurden nur die Zahlen einzelner Monate, einzelner Bezirke oder einzelner Berufsgruppen in den Pressemeldungen veröffentlicht.¹⁶ Auch das große wanderungsstatistische Rückrechnungsprojektes des Statistischen Bundesamtes zu Beginn der 1990er-Jahre maß der Gegenwanderung aus der Bundesrepublik keine große Bedeutung bei. Zurückverfolgt wurde die Wanderung über die »Außengrenzen« der DDR, nicht die deutsch-deutsche West-Ost-Wanderung schlechthin. Unter quantitativen Aspekt sind diese nahezu identisch, da die Wanderungen zwischen »kapitalistischem« und »sozialistischem Ausland« zahlenmäßig gering blieben.¹⁷

Zunächst seien die einzelnen massenstatistischen Datenquellen, die die DDR- und die BRD-Statistik für eine Strukturanalyse anbieten, knapp auf ihren Quellenwert hin überprüft. Seitens der Bundesrepublik ist bezüglich der deutsch-deutschen Wanderungs- und Fluchtbewegung auf zwei zentrale Quellen zurückzugreifen, die amtliche Wanderungsstatistik sowie die Statistik im Rahmen des Notaufnahmeverfahrens.¹⁸ Eine dritte Datenbasis, die vielfach als Korrektiv der beiden erstgenannten statistischen Quellen herangezogen worden ist, steht mit der Volkszählung zum Stichtag 1. Juni 1961 zur Verfügung. Zwar sind alle drei Datenquellen in der Bundesrepublik im Laufe der 1950er und 1960er-Jahre intensiv für Schätzungen der Rückwanderung in die DDR genutzt worden, doch ist ihr Quellenwert verglichen mit der Zuwanderungsstatistik der DDR sehr viel geringer anzusetzen.

Die bundesrepublikanische Wanderungsstatistik ist mit eklatanten Schwächen behaftet und kann die stattgefundene Abwanderung aus der BRD in die DDR nur unzureichend

15 Hausmitteilung MdI, Adjutantur, an Leiter der Abt. Innere Angelegenheiten, 11.12.1959, BA, DO 1-34/21727.

16 So antwortete die Abt. Bevölkerungspolitik auf eine Anfrage der Redaktion des Institutes für Zeitgeschichte, die die Leserschaft ab April 1955 in der »Dokumentation der Zeit« über den »Komplex Rückwanderung« informieren wollte, dass ausführliches Zahlenmaterial nicht weitergegeben werden könne. Vgl. Schreiben Staatssekretär Hegen an Deutsches Institut für Zeitgeschichte, 30.6.1955, BA, DO 1-34/19155. Weitere Beispiele für Ende der 1950er-Jahre: Vgl. Hausmitteilung Abt. Innere Angelegenheiten (Bergmann an Pressestelle), 23.10.1959, betr. Presseauswertung der Bevölkerungsbewegung in die DDR, BA, SAPMO, Dy 30 IV 2/902/131, Bl. 14–20. Schreiben der Agitationskommission an alle wichtigen Bezirkszeitungen vom 9.12.1959, ebenda, Bl. 48 f. Es wurde Anweisung gegeben, dass anhand der Veröffentlichung deutlich werden müsse, dass die Zahl der Zuwanderungen aus der BRD ständig stieg. Im Interesse der Glaubwürdigkeit sollten jedoch Übertreibungen vermieden werden.

17 *Statistisches Bundesamt* (Hrsg.), Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 3: Bevölkerungsstatistische Übersichten 1946 bis 1989, Wiesbaden 1994, S. 153–163. Siehe zur formalen Abwicklung der Wanderungsstatistik zwischen polizeilichen Meldestellen, Kreisstellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Bezirks- und Zentralstelle: *Staatliche Zentralverwaltung für Statistik* (Hrsg.), Rechnungsführung und Statistik in der Deutschen Demokratischen Republik, Heft 10: Statistik der Bevölkerung, Arbeitskräfte und Bildung, Berlin-Ost 1979, S. 65–82 (Schulungsmaterial). Dies gilt ebenso für: *Staatliche Zentralverwaltung für Statistik*, Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik, Berlin-Ost 1980 (6. Ergänzung zum Teil 4), S. V–91. Eine kritische Analyse der eigentlichen Daten bedeutend erleichtern würde die Kenntnis der administrativen Vorgaben für die Erstellung der Migrationsstatistiken des Zentralamtes für Statistik in Zusammenarbeit mit den Pass- und Meldeämtern. Doch sind die Erfassungsmodalitäten im Detail – nach dem derzeitigen Stand der erschlossenen Quellen – nicht mehr nachvollziehbar.

18 Seit Mitte der 1950er-Jahre waren behördeninterne Schätzungen der »Rückwanderer« im Zuge der deutsch-deutschen Zahlenschlacht sowie in Zusammenhang mit der Verteilung von Wohnungsbaumitteln ein Dauerthema. Vgl. Protokoll der 25. Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages (BtA).

erfassen.¹⁹ Sie basiert auf den polizeilichen Melderegistern, die grundsätzlich fehleranfällig und schon aufgrund der Doppelzählungen zwangsläufig ungenau sind. Die Hauptfehlerquelle liegt darin, dass die Abmeldepflicht bei Fortzug unbeachtet blieb. Dafür war keine Strafe vorgesehen, und die amtliche Meldung erfolgte mit großer Verspätung.²⁰ Als problematisch erweist sich zudem, dass die Fortzüge aus Berlin erst nach dem Mauerbau offiziell in die Wanderungsstatistik einbezogen wurden.²¹ Die veröffentlichten zeitgenössischen Daten weisen daher meist zu niedrige Werte aus. Die Notaufnahmestatistik schließlich ist zur Erfassung der West-Ost-Migration völlig ungeeignet. Sie verzeichnet lediglich die Rückwanderer, die erneut aus der DDR abwanderten und einen Notaufnahmeantrag stellten.²²

Demgegenüber stellt die DDR-Zuwanderungstatistik eine verlässlichere Datenquelle dar.²³ Sie basiert auf den polizeilichen Anmeldungen, die sehr viel genauer sein dürften, weil ihre Unterlassung mit strafrechtlichen Sanktionen verbunden war und zudem erst die Voraussetzung für ein Einleben in Arbeit und Wohnung bot.²⁴ Zudem ermöglicht sie, konsequent nach Rückkehrern und Zuziehenden zu unterscheiden, so dass das Kompositum der Wanderungsbewegung sehr viel genauer bestimmt werden kann. Allerdings unterschätzt sie zu wenig, wie lange die West-Ost-Migranten tatsächlich in der DDR verblieben. Folglich fallen die Wanderungszahlen tendenziell zu hoch aus.

Für die Zuwanderung in die DDR stehen drei unveröffentlichte Datenquellen zur Verfügung, die jeweils unterschiedliche Merkmale zusammenfassen. Es handelt sich dabei um:

- die vom Zentralamt für Statistik zusammengefassten Datenquellen der Jahre 1952–1963.²⁵
- Daten, die auf der Grundlage der statistischen Meldebögen der Pass- und Meldeämter erhoben wurden. Sie erlauben insbesondere die Unterscheidung nach Rückkehrern und Zuziehenden.²⁶
- die auf der Basis der Kerbblockkartei ausgewiesenen strukturellen Merkmale. Sie geben u.a. die regionale Verteilung der West-Ost-Migration in der DDR und ihr

19 Vgl. *Heidemeyer*, 1994, Tabelle 1: S. 38, sowie *Dietrich Storbeck*, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland. Eine sozialstatistische Bevölkerungsanalyse im gesamtdeutschen Vergleich, Bonn 1964, S. 132.

20 Die Faktoren sind im Detail aufgelistet: Vgl. Die Rückwanderung und Abwanderung aus der Bundesrepublik in die Sowjetzone, 5.8.1960, BA, B 106/22256.

21 Vgl. *Statistisches Bundesamt* (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1962, Wiesbaden 1963.

22 Zum Vergleich der Datenquellen siehe insbesondere *Reinhard H. Koch*, Die Massenmigration aus der SBZ und der DDR, *Zeitschrift für Soziologie* 15, 1986, S. 37–40; *Heidemeyer*, 1994, S. 37–45. *Siegfried Bethlehem*, Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiterzuwanderung. Wanderungsströme und -politik in der Bundesrepublik, Stuttgart 1982, S. 81 ff.; hinsichtlich der Abwanderung siehe zusammenfassend auch *Storbeck*, 1964, S. 11 f.

23 Vgl. *Peter Marschalck*, Bevölkerung und Wanderung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg, *Klaus J. Bade* (Hrsg.), Fremde im Land. Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem 2. Weltkrieg, Osnabrück 1997, S. 45–75, hier: S. 46.

24 Zur Regelung des Einwohnermeldewesens vgl. *Holger Mühlbauer*, Kontinuitäten und Brüche in der Entwicklung des deutschen Einwohnermeldewesens, Frankfurt/Main 1995, S. 127–152. Nach der Meldeordnung der DDR mussten sich die »Besucher« nach mehr als sechsmonatigem Aufenthalt endgültig anmelden. Vgl. Meldeordnung der DDR vom 6.9.1951.

25 Vgl. insbesondere Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Abt. V, Sektor Bevölkerung: Die Wanderung über die Grenzen der DDR 1952 bis 1964, Archiv des Statistischen Bundesamtes, Bericht Nr. 35508.

26 Siehe Quelle Tab. I.1.

Herkunftsmuster in der Bundesrepublik wieder. Diese Zentralkartei wurde im Sommer 1960 eingeführt und basierte auf der seit dem 1. Januar 1954 gesonderten Erfassung der West-Ost-Migranten in den Pass- und Meldestellen der DDR.²⁷

Den Umfang der Wanderung in die sowjetische Besatzungszone exakt zu bestimmen, ist angesichts der Mängel der statistischen Erfassung unmöglich. Die Zahlen der West-Ost-Wanderung nach der Fortzugsstatistik der Bundesrepublik liegen generell zu niedrig, hingegen diejenigen auf der Basis der Zuwanderungsstatistik der DDR eher zu hoch.

*Tabelle I.1: Datenvergleich: Umfang der West-Ost-Migration, 1950–1968
(Wanderungsstatistik der DDR und der BRD)*

Jahr	Wanderungsstatistik		
	DDR abs.	BRD abs.	BRD/DDR in %
1950	27.543	39.986	145,2
1951	24.880	29.320	117,8
1952	23.134	25.260	109,2
1953	31.792	22.094	69,5
1954	75.867	43.331	57,1
1955	72.858	42.504	58,3
1956	73.707	40.430	54,8
1957	77.952	47.046	60,4
1958	54.846	33.096	60,3
1959	63.152	32.108	50,8
1960	42.943	25.429	59,2
1961	34.039	19.711	57,9
1962	14.472	8.797	60,8
1963	7.001	4.682	66,8
1964	7.010	4.890	69,8
1965	6.885	5.612	81,5
1966	4.220	4.250	100,7
1967	2.653	3.636	137,2
1968	1.563	2.884	184,6
Gesamt	646.517	435.066	67,3

Quellen: Die Wanderung über die Grenzen der DDR, 1952 bis 1964 in: Archiv Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin, Bericht Nr. 35508. 1950–1952: Stand und Entwicklung der Bevölkerungsbewegung im Jahr 1960, 13.2.1961, in: BA, D0 1-11/967, Bl. 37–60, hier Bl. 53 bzw. 1950–1953; sowie Archiv des Statistischen Bundesamtes; Zweigstelle Berlin, E-2 /1728. Eine andere Quelle nennt für 1951 und 1952 folgende Zahlen: 1951: 17.031; 1952: 24.012. BRD: Hartmut Wendt, Von der Massenflucht zur Binnenwanderung, in: Geographische Rundschau 46.1994, S. 136–140, hier S. 137. 1967–1968, Vgl. Tab. I.2.

Ein Vergleich der jährlichen Zuwanderung auf der Basis der beiden Datenquellen zeigt, dass die Fortzüge für die Jahre 1950 bis 1968 aus der Bundesrepublik mit 435.066 Personen angegeben werden, d.h. nur 67,3 % der 646.517 Zuzüge nach der DDR-Statis-

27 Vgl. hierzu auch Kap. 6.

tik.²⁸ Im Unterschied zu den 1950er Jahren nahm im Laufe der 1960er Jahre das Verhältnis der Erfassung immer stärker ab (vgl. Tab. I.1).

Über den Zeitraum 1954–1968 (vgl. Tab. II) lag der Anteil der Rückkehrer an der West-Ost-Migration bei etwa zwei Dritteln. Die Zuziehenden bestritten einen Anteil von etwa einem Drittel. Lediglich in den Jahren 1954 und 1955 erreichten die Zuziehenden mit mehr als zwei Fünfteln bedeutend höhere Werte. Im Jahr 1958 hingegen fiel der Anteil der Zuziehenden mit etwa einem Fünftel sehr niedrig aus, wobei die Zuzugszahlen insgesamt drastisch gesunken waren.

Tabelle I.2: Die West-Ost-Migration nach Rückkehrern und Zuziehenden, 1954–1968

Jahr	Gesamt abs.	Rückkehrer abs.	Zuziehende abs.	Rückkehrer in %	Zuziehende in %
1954	75.867	41.999	33.868	55,4	44,6
1955	72.922	41.937	30.985	57,5	42,5
1956	73.868	48.625	25.243	65,8	34,2
1957	77.924	58.247	19.677	74,7	25,3
1958	55.500	43.103	12.397	77,6	22,3
1959	63.083	41.580	21.503	65,9	34,1
1960	42.479	26.850	15.629	63,2	36,8
1961	33.703	22.653	11.050	67,2	32,8
1962	14.442	9.474	4.968	65,6	34,4
1963	6.987	4.419	2.568	63,2	36,8
1964	6.973	4.293	2.680	61,6	38,4
1965	6.710	4.750	1.960	70,8	29,2
1966	4.292	2.935	1.357	68,4	31,6
1967	2.653	1.855	798	69,9	30,1
1968	1.563	1.087	476	69,5	30,5
Gesamt	538.966	353.807	185.159	65,6	34,4

Quelle: BA, DO 1-8/292 bis 319/2. Eigene Berechnungen. Die Angaben von Tab. I.1 und Tab. I.2 weichen voneinander ab, da sie aus unterschiedlichen Quellen stammen.

Insgesamt entwickelten sich die Zuwanderungszahlen in die DDR während der 1950er Jahre tendenziell rückläufig, auch wenn die DDR-Führung stets bemüht war, durch Propaganda mit manipulierten Zahlen das Gegenteil zu behaupten. Schon gar nicht vermochte die Zuwanderung aus der Bundesrepublik den Verlust von Arbeitskräften durch Abwanderung im erwünschten Maße auszugleichen. Im Laufe der 1950er-Jahre nahm der Anteil der West-Ost-Migranten mit qualifizierten Berufen ab.²⁹ Immer deutlicher trat eine Verflachung im Qualifikationsprofil ein. Der Großteil der Wanderungen wurde von Arbeitern bestritten, gefolgt von Angestellten und Personen mit höheren Bildungsabschlüssen. Je höher das Qualifikationsniveau einer Berufsgruppe war, desto geringer

28 Zu Beginn der siebziger Jahre schätzte Hardin auf der Basis eines Vergleichs der Volkszählungsdaten und des Fortschreibungsfehlers der BRD-Wanderungstatistik, dass es jährlich 80.000 Rückwanderer gebe. Vgl. William R. Hardin, Emigration, Occupational Mobility and Institutionalization. The German Democratic Republic, Phil. Diss., Cambridge/Mass. 1971, S. 84.

29 Andrea Schmelz, West-Ost-Migranten im geteilten Deutschland der fünfziger und sechziger Jahre, in: Jan Motte u.a. (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt/Main 1999, S. 80–108, hier: S. 88 ff.

fielen die Wanderungsausgleichsquoten aus.³⁰ In der West-Ost-Migration überwog der Typ des jungen männlichen Zuwanderers. Mehr als ein Drittel der Zuwanderer gehörte der Altersgruppe von 18 bis 25 Jahren an; ein Drittel davon waren Frauen. Die West-Ost-Migration durchlief unterschiedliche Phasen, die kurz zu skizzieren sind.³¹

2. VERLAUFSPHASEN DER ZUWANDERUNGSBEWEGUNG

Migration ist als Zusammenwirken von Makro- und Mikroprozessen zu begreifen. Der Verlauf der Migrationsbewegung hängt von den ökonomischen Verhältnissen und den politisch-administrativen Rahmenbedingungen in der Herkunfts- und Zielregion ab sowie von den Handlungschancen und Netzwerken, auf die Migranten zurückgreifen können.³²

Die klassische Migrationsforschung unterscheidet zwischen »Push«- und »Pull«-Faktoren als Ursachen für Wanderung³³, d.h. zwischen Unzufriedenheit hervorruhenden bzw. als negativ bewerteten Bedingungen im Herkunftsland als Abwanderungs- und Vertreibungsfaktoren und positiven Erwartungen an das Zielland als Anziehungsfaktoren. Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt zwischen Herkunfts- und Zielregion gelten als der zentrale Push- und Pull-Faktor. Differenzen existieren hinsichtlich der Beschäftigungssituation (Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung im Herkunftsland; keine oder geringe Arbeitslosigkeit in der Zielregion und Arbeitsplatzangebote) und hinsichtlich der Einkommenssituation (höhere Löhne im Zielland).³⁴ Wirtschaftliche Faktoren reichen nicht aus, um zu erklären, warum Menschen wandern; hinzu kommt der Informationsfaktor. Demnach tragen Informationen und persönliche Beziehungen zwischen Menschen, die bereits gewandert sind, und denen, die wandern möchten, bedeutsam zur Migrationsentscheidung bei. Als weitere Faktoren gelten der Wunsch nach beruflicher und sozialer Statusverbesserung, Distanzfaktoren und individuelle Eigenschaften der wandernden Personen. In der neuesten Migrationsforschung spielen die sozialen Netzwerke eine entscheidende Rolle, die übrigen Faktoren treten dahinter zurück. Das Push-Pull-Modell mit den skizzierten Erweiterungen ist hilfreich als Erklärungsansatz für Wanderungen. Insgesamt betrachtet sind jedoch Migrationsprozesse das Resultat komplexen menschlichen Verhaltens, sie entstehen aus unterschiedlichen persönlichen Situationen und können daher kaum in einem allgemein gültigen Modell erklärt werden.

Es kann nicht im Detail auf das komplexe Ursachengeflecht der Wanderung eingegangen werden. Dazu würde eine weitaus differenziertere Betrachtung des Kompositums der Wanderungsbewegung erforderlich sein, die auf der Basis hochaggrierter Daten nicht zu leisten ist. In der Analyse werden nur einzelne wanderungsbestimmende Einflussfaktoren herangezogen, um den Phasenverlauf der West-Ost-Migration zu erklären.

30 Andrea Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland. Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er- und 1960er-Jahren, Opladen 2002, S. 61–69.

31 Ebd., S. 57 f.

32 Vgl. zu den Ursachen der Migrationsforschung: Annette Treibel, 1999, S. 39 ff.; Petrus Han, Soziologie der Migration, Stuttgart 2000, S. 18 ff., S. 38 ff.

33 Als Hauptvertreter dieses Ansatzes gilt in der Forschung: Lee S. Everett, Eine Theorie der Wanderung, in: György Szell (Hrsg.), Regionale Mobilität (amerikanisches Original 1966), München 1972, S. 115–129. Das Grundkonzept geht allerdings bereits auf die Anfänge der Migrationsforschung zurück: Ernest George Ravenstein, Die Gesetze der Wanderung I und II, S. 41–94 (englisches Original von 1885 und 1889).

34 Dies wird auch als Beschäftigungs- (job-vacancy-Hypothese) und Einkommenshypothese (income-differentials-Hypothese) bezeichnet.

Es sind dies die Modalitäten der Aufnahmepolitik in der DDR und der Bundesrepublik sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.³⁵

Ausgehend von der quantitativen Entwicklung des Umfangs der Wanderungsbewegung, drängt sich eine Einteilung in vier Phasen auf. Dabei markieren quantitative Einschnitte bzw. Entwicklungsschübe jeweils den Beginn der folgenden Phase.

Eine *erste Phase*³⁶ erstreckt sich von der Staatsgründung der DDR bis zur Systemkrise im Juni 1953. Wanderungspolitisch dominierte in der SED eine abwehrende Haltung. Die Zuwanderung blieb quantitativ in dieser Phase begrenzt. Die Jahre 1950 und 1951 standen noch immer stark unter dem Einfluss der Nachkriegswanderungen. In Anbetracht der Wohnungsnot und des Überangebots an Arbeitskräften wurden Zuzugsgenehmigungen nur mit äußerster Zurückhaltung erteilt. Insbesondere die Eingliederung der »Umsiedler« und der Kriegsheimkehrer stellte sozialpolitisch ein schwieriges Problem dar. Von Sommer 1952 bis Frühjahr 1953 dürfte das stark repressive politische Klima während des Aufbaus des Sozialismus eine abschreckende Wirkung entfaltet haben. Häufiger als in der nachfolgenden Phase haben vermutlich rückkehrbereite »Republikflüchtlinge« in einer beschwerlichen Anfangssituation in der Bundesrepublik ausgeharrt, als sich dem Risiko der Strafverfolgung nach Rückkehr auszusetzen. Angesichts hoher Ablehnungsquoten im bundesrepublikanischen Notaufnahmeverfahren gab es zahlreiche Rückkehrwillige. Im Einzelfall bedeutete die Ablehnung einen minderen Rechtsstatus, der den Start und das Einleben in der Bundesrepublik in Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit und der großen Wohnungsnot erheblich erschwerte. Diese Situation hatte vermutlich eine Reihe von Rückwanderungen zur Folge, sobald sich nach der Junikrise 1953 die politische Situation in der DDR zu entspannen begann und Rückkehr und Zuzug gefördert wurden.

In den Jahren 1954 bis 1957 schließt sich die *Hochphase der West-Ost-Migration* an. Die Zuwanderung verdoppelte sich schon 1954 gegenüber 1953 und überschritt während der gesamten Phase die Grenze von 70.000 Personen. Kennzeichnend für diese Phase ist eine fördernde Zuzugs- und Rückkehrpolitik der DDR, die eine weitgehend vorbehaltlose Aufnahmepraxis festschrieb. Zudem stellten sich nach der harten Bewährungsprobe des Aufstandes vom Juni 1953 nach und nach gewisse Zeichen der politischen Konsolidierung ein, so dass ein Leben in der DDR an Attraktivität gewann. Während die DDR mit Arbeitsplätzen und Sozialleistungen warb, stellten sich in der Bundesrepublik die Arbeitsmarktchancen bis Mitte der 1950er Jahre noch immer als schwierig dar. Die ökonomischen und integrationspolitischen Rahmenkonditionen verbesserten sich nur langsam. Die Ablehnungsquoten im Aufnahmeverfahren sanken erst allmählich. Dies mag einladend auf rückkehrwillige Republikflüchtlinge und abwanderungsbereite Bundesbürger gewirkt haben. Die migrationspolitischen Anreize im Hinblick auf die Vermittlung von Wohnungen und Arbeitsplätzen in der DDR hingegen waren in dieser Zuwanderungsphase stärker ausgeprägt als in den anderen Phasen. Insgesamt lässt sich in dieser Phase eine gegenläufige Tendenz von Rückkehr und Zuzug feststellen: Die Rückkehrerzahl stieg von einem hohen Ausgangsniveau in den Jahren 1954 und 1955 von mehr als 40.000 pro Jahr stetig an und erreichte mit 57.125 im Jahr 1957 verglichen mit den übrigen Jahren einen Spitzenwert. Die Zahl der Zuziehenden hingegen ging von ihrem Rekordwert von 33.868 Personen im Jahr 1954 auf nur 20.827 im Jahr 1958 zurück.

35 Zu den Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik siehe insbesondere die Arbeiten von Heidemeyer, 1994, und Ackermann, 1995.

36 Für die erste Phase werden in der Zuwanderungsstatistik allerdings nur ungenaue Zahlen genannt, sodass die Rahmendaten für diese Phase nicht frei sind von Unwägbarkeiten. Vor allem wird nicht zwischen Rückkehrern und Zuziehenden unterschieden.

Ein schroffer Rückgang der West-Ost-Migration im Jahr 1958 leitet eine *dritte Phase* der Entwicklung ein, die bis zum Mauerbau reichte. Mit Ausnahme des Jahres 1959, in dem die Zuwanderung aus der Bundesrepublik noch einmal einen kurz währenden, deutlichen Anstieg erfuhr, war die Entwicklung insgesamt weiterhin stark rückläufig. Bei den Rückkehrerzahlen zeigte sich in den Jahren 1958 und 1959 zunächst noch kein einschneidender Bruch zur vorhergehenden Phase. Die Zahl der Zuziehenden hingegen stieg 1959 vorübergehend an, war aber tendenziell rückläufig. Insgesamt ist zu beobachten, dass unter dem Eindruck der politischen Atmosphäre der Berlinkrise die Bereitschaft sank, in die alte Heimat DDR zurückzukehren oder dort gar eine neue Heimat zu suchen. Für diese gesamte Entwicklung ist ein vielfältiges Faktorenbündel verantwortlich. Aufgrund der zu schildernden Probleme, die die SED-Führung mit West-Ost-Migranten hatte, sah sie sich 1957 zu einer restriktiven Aufnahmepolitik veranlasst. Sie schaffte zugleich die bevorzugte Behandlung der West-Ost-Migranten ab.³⁷ Hingegen waren in der Bundesrepublik die politisch-rechtlichen und die ökonomischen Barrieren einer Integration, die in den beiden vorangegangenen Phasen eine wichtige Rolle gespielt hatten, weitgehend weggefallen. Nach 1955 machte sich gar zunehmend ein Arbeitskräftemangel bemerkbar und seit 1957/58 erhielt praktisch jeder Republikflüchtling automatisch die Anerkennung im Aufnahmeverfahren. Zudem wurden die Integrationsförderung und sozialpolitische Leistungen für DDR-Flüchtlinge und Zuwanderer stets ausgebaut.

Eine *vierte Phase*, die sich vom Mauerbau bis Ende der 1960er Jahre erstreckt, ist gekennzeichnet durch einen weiteren enormen Rückgang der West-Ost-Migration. Seit Errichtung der Mauer bedeutete der Übertritt in die DDR eine Entscheidung, die kaum mehr umkehrbar war. 1962 war die West-Ost-Migration gegenüber 1961 von 34.039 auf 14.472 Personen, also um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Ab 1963 halbierten sich diese Zuzugszahlen und pendelten sich auf etwa 7.000 Zuzüge ein. Nach 1966 waren sie nochmals stark rückläufig. Je stärker die Unüberwindbarkeit der deutsch-deutschen Grenze ins Bewusstsein trat und die staatliche Politik zwischen erwünschten und unerwünschten Rückkehrern und Zuziehenden trennte, desto weniger Menschen kamen in die DDR.

Der Entscheidung, vom Westen in den Osten des geteilten Landes zu wandern, lagen vielschichtige Motive zugrunde.

3. MOTIVE DER WEST-OST-MIGRATION

Die individuelle Migrationsentscheidung erfolgt nicht ad hoc. In der Regel geht ihr ein längerer kognitiver Vorbereitungsprozess voraus, in dem sich die zunächst unklaren individuellen Migrationsvorstellungen zu einem konkreten Migrationsmotiv entwickeln. Dieser Prozess verläuft idealtypisch in mehreren Phasen: Zu Beginn steht eine Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation, d. h. Erwartungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen (politisch, wirtschaftlich, religiös-kulturell, sozial-interaktiv)

37 Vgl. hierzu insbesondere Kap. 6. Zu den grundlegenden Entwicklungen im deutsch-deutschen Wanderungsgeschehen; vgl. *Bethlehem*, 1982, S. 81–106; *Heidemeyer*, 1994; sowie *Adolf Wenemann*, Zwischen Emanzipation und Konformitätsdruck: Zuwanderer aus der SBZ und DDR in Niedersachsen, *Klaus J. Bade* (Hrsg.), *Fremde im Land: Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*, Osnabrück 1997, S. 125–166.

können nicht erfüllt werden.³⁸ Zweitens erfolgt eine prozesshafte Motivbildung, d. h. Erwartungen und Ziele werden subjektiv daraufhin geprüft, ob sie realisierbar scheinen. Das Hauptmotiv wird gemeinhin im ökonomischen Bereich vermutet, im Wunsch, die wirtschaftlichen Lebensbedingungen zu verbessern. Drittens werden Informationen eingeholt und ausgewertet, um eigene Wünsche und Erwartungen mit den Gegebenheiten zu vergleichen. An vierter Stelle steht die individuelle und mentale Bereitschaft, die Risiken, die die eigene Migration birgt, einzugehen. Das Modell zeigt auf, dass der Migrationsentscheidung zumeist ein prozesshafter Verlauf zugrunde liegt, ohne dass im Einzelfall die Entscheidung zwangsläufig zweckrational nach einem stringenten Zweck-Mittel-Schema und streng nach den vorgegebenen Ablaufphasen erfolgt.³⁹

Vor diesem Hintergrund ist die Untersuchung von Wanderungsmotiven für die historische Migrationsforschung ein Problem geeigneter Quellen. Wie im vorangegangenen Kapitel bereits dargelegt, wird die Migrationsentscheidung beeinflusst von einer Vielzahl komplexer, kaum voneinander trennbarer »Push- und Pull-Faktoren«. Die auslösenden Ursachen erklären sich aus dem Zusammenwirken von exogenen Faktoren und subjektiv unterschiedlich begründeten Entscheidungen. Jeder monokausale Erklärungsversuch kann daher von vorneherein keine adäquate Analyse bieten. Die Palette der Gründe, warum Menschen vom Westen in den Osten des geteilten Landes wanderten, war sehr breit. Persönliche und politische, wirtschaftliche und soziale Motivationen waren eng miteinander verschränkt. Aussagen über die »tatsächlichen« Abwanderungsgründe sind nur mit Einschränkung möglich; schon gar nicht können Motivkonstellationen erfasst werden. Diese ließen sich sinnvoll nur über einen biographischen Ansatz im Detail erforschen oder etwa über eine systematische Auswertung von Briefen.

Die wichtigsten offiziellen Quellen, aus denen etwas über die Abwanderungsmotivation in Erfahrung gebracht werden kann, sind auf Seiten der Bundesrepublik die Rückkehrerbefragungen im Notaufnahmeverfahren und die Erhebungen an den Grenzkontrollstellen sowie auf Seiten der DDR die Befragungen in den Aufnahmeheimen. Im Jahr 1960 startete das Infratest-Institut im Auftrag des BMfG (Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen) eine umfassende Untersuchung über die wirtschaftliche und soziale Situation der West-Ost-Migranten und ihre Wanderungsmotive. Die von den Migrationsbürokratien beiderseits der innerdeutschen Grenze erfassten Wanderungsgründe nehmen in aller Regel eine eindimensionale bzw. monokausale Zuordnung der zugrunde liegenden Motivation vor. Sie sind allein aus diesem Grunde nur partiell aussagekräftig. Auch ist davon auszugehen, dass die West-Ost-Migranten ihre Wanderungsmotivation vor Grenzbeamten bzw. Aufnahmebürokraten auch nicht offen legen wollten. Zudem erfolgt bereits durch das vorgegebene statistische Erfassungsschema eine Vorzensur, sobald die erfragten Gründe zugeordnet werden.

In der offiziellen Interpretation der Beweggründe war die West-Ost-Migration für den SED-Staat durchweg politisch motiviert. Die familiär und wirtschaftlich bedingte Abwanderung wurde von Seiten der Partei und der Regierung als eine »politische« Flucht

38 Nach Eisenstadt kommt es dann zur Migration, wenn die Erwartungen von Menschen in einer Gesellschaft nicht adäquat erfüllt werden können. Eisenstadt nennt vier Hauptbereiche, in denen Unzufriedenheiten auftreten können: 1. psychische Lebensgrundlage des Migranten und seiner Familie ist nicht gewährleistet; 2. materielle und wirtschaftliche Ziele können nicht verwirklicht werden; 3. politisch-ideologischer Bereich (mangelnde Identifikation und Solidarität mit den Werten bzw. Mitgliedern einer Gesellschaft); 4. Lebensvorstellungen können nicht verwirklicht werden. Der Bereich, auf den sich diese anfängliche Motivation bezieht, beeinflusst den weiteren Migrationsprozess, insbesondere auch das »Bild«, das sich die Wandernden vom »neuen Land« machen. Ist die Wanderung beispielsweise primär ökonomisch motiviert, so werden sich die Migranten im Zielland vor allem an wirtschaftlichen Möglichkeiten orientieren. Vgl. Treibel, 1999, S. 42 f.

39 Han, 2000, S. 169–178.

dargestellt. Wie die Migrationsbürokratie in der Bundesrepublik, die in den Medien die Zuwanderung aus der DDR als eine »Abstimmung mit den Füßen« deklarierte, führte auch die Zuwanderungsbürokratie der DDR in ihrer Interpretation der wirtschaftlichen Motive ein politisches Moment ein und folgte der Logik des West-Ost-Systemwettstreits.⁴⁰ Analog zur Darstellung des Umfangs der Wanderungsbewegung war folglich auch die Wahrnehmung der Gründe der Abwanderung sehr stark durch politische Interessen vorgeprägt. Als Reaktion auf die Propaganda der DDR bestritten regierungsamtliche Veröffentlichungen in der Bundesrepublik während der gesamten 1950er und 1960er Jahre, dass sich hinter dem Wanderungsentschluss der West-Ost-Migranten möglicherweise eine »politische Entscheidung« verbarg oder gar eine »Flucht vor dem Wehrdienst«.⁴¹

Nach diesen methodischen und quellenkritischen Erläuterungen zur Migrationsforschung sollen im Folgenden die wichtigsten Ergebnisse der Befragung über Abwanderungsgründe, die seit Mitte der 1950er Jahre durch die Ministerialbürokratie erfolgten, vergleichend den Resultaten der Infratest-Untersuchung gegenübergestellt werden.

Erstens: Auffallendstes Merkmal aller *Mitte der 1950er Jahre* durchgeführten Befragungen innerhalb der bundesrepublikanischen Notaufnahmebürokratie war, dass für Rückkehr und Zuzug in die DDR überwiegend familiäre und wirtschaftliche Beweggründe angegeben wurden. So hatten im zweiten Halbjahr 1954 von den Rückwanderern 52,8% familiäre und sonstige Beweggründe für ihren Entschluss angeführt. 20,6% aus dieser Personengruppe gingen wegen Ablehnung im Notaufnahmeverfahren zurück, d.h. aus Enttäuschung und wegen ungenügender Perspektiven in der Bundesrepublik. 14,2% der Rückwanderer verließen aus wirtschaftlichen Beweggründen, 4,7% wegen längerer Arbeitslosigkeit und nur 2,6% aufgrund krimineller Vergehen die Bundesrepublik.⁴² Auch bei den Bundesbürgern, die in die DDR abwanderten, spielten familiäre und private Gründe mit einem guten Drittel der Nennungen (35,5%) eine sehr wichtige Rolle. Sehr viel bedeutsamer als bei den Rückwanderern waren daneben wirtschaftliche Motivationen: Ein Viertel (24,5%) wanderte wegen längerer Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet und nahezu ein Drittel (31,2%) aufgrund anderer wirtschaftlicher Motive. Oft spielte Wohnungsnot eine wesentliche Rolle; manche fortziehenden Bundesbürger versprachen sich bessere Arbeitsbedingungen und günstigere Aufstiegsmöglichkeiten. Weitere 7,1% der bundesdeutschen Fortziehenden sollen durch Werber aus der DDR zur Abwanderung überredet worden sein. Nur 1,7% siedelten aus politischer Überzeugung über (z. B. Mitglieder von FDJ und KPD).⁴³

Zweitens: Gegen *Ende der 1950er Jahre* schließlich nahm in den bundesrepublikanischen Erhebungen das familiäre Moment eine überragende Stellung ein. Eine Auswertung des Materials der Grenzkontrollstellen durch das BMfG im Jahr 1958 ergab z. B., dass ca. 80% der Jugendlichen zu ihren Eltern zurückgehen wollten. Nur ein Anteil von 12–16% unter ihnen wollte wegen Arbeitslosigkeit und 2–3% wegen schlechter Wohnverhältnisse die Bundesrepublik verlassen. In der Auswertung des folgenden Jahres ge-

40 In der statistischen Erfassung der Beweggründe kamen die Aufnahmebürokratien in der DDR und der Bundesrepublik im Kern zu dem sehr ähnlichen Ergebnis, dass politische Gründe im engeren Sinne gegenüber familiär-privaten und wirtschaftlichen Motivationen eine verschwindend geringe Rolle spielten.

41 Vgl. Ackermann, 1995, S. 226 f.

42 Die Abwanderung von Personen aus der Bundesrepublik und Berlin (West) nach der sowjetischen Besatzungszone (undatiert, 1955), BA, B 137/5. Die absoluten Zahlen dieser Untersuchung wurden nicht genannt. 5,3% entfielen auf sonstige Gründe.

43 Ebd. Auf sonstige Gründe entfielen 0,4%.

wannen familiäre Beweggründe noch stärker an Gewicht.⁴⁴ Von 9.486 Personen, die im Jahr 1958 an den Kontrollpassierpunkten in Helmstedt, Wolfsburg, Herleshausen und Bebra nach dem Abwanderungsgrund befragt wurden, verließen 76% (7.213) der Personen die Bundesrepublik, um zu den Eltern, zur Familie und zu Freunden zu gelangen; 3,5% (335) gingen fort, um im anderen Teil Deutschlands zu heiraten, 11,3% (1073) gingen aufgrund von Arbeitslosigkeit, und 2,1% (200) wanderten angesichts schlechter Wohnverhältnisse ab.⁴⁵ Auch nach dem Mauerbau verschob sich der Grundtenor der Erhebung über die Beweggründe nur unwesentlich: In mehr als der Hälfte der Fälle überwogen familiäre Gründe. Auch »Heimweh« stellte mit etwa 5% einen bedeutsamen Faktor dar. Lediglich drei Personen sollen angegeben haben, dass sie aus politischer Überzeugung in die DDR gehen wollten.⁴⁶

Drittens: Irritiert durch den öffentlichen Disput über die Abwanderung aus der Bundesrepublik während des Weltflüchtlingsjahres gab das BMfG bei *Infratest* im Frühjahr 1960 eine Studie in Auftrag. Im Zentrum stand die Ermittlung der Abwanderungsursachen und -gründe von »ehemaligen Sowjetzonenflüchtlingen« und »BRD-Bürgern«.⁴⁷ Die Untersuchung basierte auf der Auswertung von Unterlagen der Grenzpolizeistellen in Bayern, Niedersachsen und Hamburg für den Zeitraum vom zweiten Halbjahr 1957 bis einschließlich erstem Halbjahr 1960.⁴⁸ *Infratest* legte nie einen abschließenden Gesamtbericht vor, die vier Teilberichte trugen dem Urteil des Auftraggebers zufolge letztlich gar mehr zur Verkomplizierung als zur Klärung der Frage nach den Abwanderungsmotiven bei.⁴⁹

44 Die Abwanderung von Personen aus der Bundesrepublik und Berlin (West) nach der sowjetischen Besatzungszone (undatiert, 1958), BA, B 137/3.

45 Archiv für gesamtdeutsche Fragen, Referat Statistik: Die West-Ost-Wanderung, 27.4.1959, BA, B 137/3.

46 Vgl. Vermerk: Übersiedlungen aus der BRD in die SBZ, BA, B 137/7373.

47 Anlass dieser Untersuchung waren zum einen Forschungsergebnisse des *Infratest*-Institutes, das im Rahmen einer Erhebung über die Jugendflucht ermittelt hatte, dass bis zu einem Drittel der Jugendlichen wieder abwanderte. Zum anderen stellte sie eine Reaktion auf Behauptungen amerikanischer Journalisten dar, dass die West-Ost-Wanderung etwa die Hälfte der Wanderung in umgekehrter Richtung ausmache. Vgl. Parlamentsarchiv, Protokoll zur 25. Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen am 12.5.1960. Das *Infratest*-Institut war bereits Ende der 1950er Jahre mit Ergebnissen an die Öffentlichkeit getreten, die der regierungsamtlichen Interpretation der Flucht aus der DDR als einer überwiegend politisch motivierten Tat widersprachen. Hingegen zeigten die Befragungen, dass Wanderungsentscheidung der Jugendlichen aus der DDR vor allem wirtschaftlich bedingt waren. Daraufhin unterlagen die Forschungen des Institutes einer Zensur. (Vgl. Durchführung von demoskopischen Untersuchungen in den Notaufnahmelagern, siehe *Infratest*: »Orts- und Berufswechsel jugendlicher SBZ-Flüchtlinge in der Bundes« März 1958, BA B 150/6466, Heft 2.)

48 Folgende Fallzahlen lagen der Studie zugrunde: Der prozentuale Anteil der BRD-Bürger wird in Klammern gesetzt: 2. Halbjahr 1957: 597 (13%); 1958: 1.541 (19%); 1959: 1.546 (25%); 1. Halbjahr 1960: 465 (27%). Vgl. *Infratest* (Hrsg.): Die West-Ost-Wanderung von Bürgern der Bundesrepublik, Tabellenband II, München (März 1961) Tabelle A.

49 Das Ministerium rügte die Ergebnisse als »sehr widersprüchlich und verwirrend«. Schon die Tabellenbände werden als »unübersichtlich« bezeichnet und kritisiert wird, dass sie mit zu viel »soziologischem Ballast« geschrieben seien. (Statistisches Bundesamt an Bundesministerium für Vertriebene, betr. *Infratest*-Untersuchung zur West-Ost-Wanderungen, 16.2.1962), BA, B 150/6466, Heft 2. Ähnlich werden die folgenden Bände bewertet: Für den Leser sei es »oft sehr zeitraubend und schwierig, zu den einzelnen konkreten Aussagen vorzudringen«. Vgl. Statistisches Bundesamt an Bundesministerium für Vertriebene, betr. Untersuchung von *Infratest* über die West-Ost-Wanderungen, 7.8.1963, ebd.

Im Detail wurden lediglich die Motive der Abwanderung der Bundesbürger ausgewertet.⁵⁰ Die Befragten konnten mehrere Gründe angeben und diese nach ihrer Wichtigkeit einordnen. Das Hauptgewicht entfiel auf die Erstnennung, da von 34% der Befragten kein zweiter und von 68% kein dritter Abwanderungsgrund benannt wurde. Bewusstseinsmäßig schienen sich also die Motive der Abwanderung auf einen relativ eng umgrenzten Bereich zu beschränken. Als Hauptgrund der Abwanderung wurden von 48% der Befragten persönlich-familiäre und von 26% materiell-wirtschaftliche Gründe genannt. Beruflich-betriebliche Motive nannten 12% der Abwandernden, und politisch-ideelle Motive gaben 7% der Abwanderer an. Weder nach Geschlecht noch nach Alter ergaben sich hier signifikante Abweichungen.⁵¹ Auffällig ist dabei, dass die Abwanderung in aller Regel – wobei Mehrfachnennungen möglich waren – einem spontanen Entschluss folgte: Bei 42% der untersuchten Abwanderer reichte der Gedanke an die Abwanderung höchstens einen Monat zurück. Bei 34% lagen zwischen der Migration und den ersten Überlegungen mehr als 3 Monate, bei 24% mehr als 6 Monate und bei 13% mehr als ein Jahr.⁵²

Eine analoge Auswertung für die West-Ost-Wanderung von ehemaligen »Republikflüchtlingen« ist leider nicht erfolgt. Die relevante Teilstudie resümierte lediglich, dass die materielle Lebensgrundlage keine oder doch nur eine geringfügige Rolle spielte. Das Problem lag also nicht im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitssituation, sondern der fehlenden sozialen Kontakte. Ein beträchtlicher Teil der DDR-Zuwanderer/Flüchtlinge fühlte sich sozial isoliert, da es ihnen nicht gelang, Bindungen und Freundschaften in der Bundesrepublik aufzubauen. Häufig kehrten sie dann in die DDR zurück, um ihrer marginalen Situation und der Außenseiterposition zu entgehen.⁵³

Es lässt sich festhalten, dass familiäre bzw. persönlich-private Motive, gefolgt von wirtschaftlichen Motiven nach zeitgenössischen Erhebungen von überragender Bedeutung bei der West-Ost-Migration waren. Für die Rückkehrer stellte die soziale Isolation in der Bundesrepublik neben den familiären Bindungen einen wesentlichen Grund der Abwanderung dar. Die Hauptfaktoren des Push-Pull-Modells wie Arbeitssituation und soziale Netzwerke spielten also auch bei der West-Ost-Migration eine sehr wichtige Rolle. Schwierig ist es hingegen, Aussagen über die politische Motivation der West-Ost-Wanderung zu treffen. Es konnte gezeigt werden, wie sehr der System-Wettstreit zwischen dem Osten und dem Westen des geteilten Deutschland die Interpretation der politischen Dimension prägte. In der offiziellen Interpretation waren für die DDR-Behörden alle Wanderungsentscheidungen durchweg politisch motiviert. Der Infratest-Studie zufolge waren politisch-ideelle Motive für die West-Ost-Migration durchaus nicht so bedeutungslos, wie es die Auslegung regierungsamtlicher Stellen in der Bundesrepu-

50 Eine abschließende Auswertung der »Abwanderungsgründe« ist trotz mehrfacher Rüge durch das BMVt (Bundesministerium für Vertriebene) und das Statistische Bundesamt nicht erfolgt. Vgl. Bundesministerium für Vertriebene an Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, betr. Untersuchung von Infratest über die West-Ost-Wanderungen, 21.9.1963, ebd. Vermutlich unterblieb eine abschließende Bewertung u.a. auf Grund des schwindenden Problemdrucks nach dem Mauerbau.

51 Infratest (Hrsg.), Die West-Ost-Wanderung von Bürgern der Bundesrepublik, Bd. IV, München (Mai 1962), S. 15, S. 19 ff., S. 36 f. Als zweiten Grund nennen 27% ein persönlich-familiäres, 18% ein wirtschaftlich-materielles und 7% ein politisch-ideelles Motiv. In der Zusammenfassung der Gründe liegt also das Schwergewicht ebenfalls auf persönlich-familiären Gründen: 77%, d. h. mehr als drei Viertel nennen ein in dieser Richtung liegendes Motiv. Materiell-wirtschaftliche Gründe machen 49%, beruflich-betriebliche 21%, politisch-ideelle Gründe 16% aus.

52 Ebd., S. 15.

53 Infratest (Hrsg.), Die West-Ost-Wanderung von Bürgern der Bundesrepublik, Bd. III, München (Mai 1962), S. 2 ff.

blik suggerierte. Die Frage, ob die politische Motivation bei der West-Ost-Migration gegenüber wirtschaftlichen und familiären Beweggründen eine derart untergeordnete Rolle spielte, wie es die bundesrepublikanischen Quellen nahelegen, wird sich aber erst auf der Grundlage weitergehender Forschungen, insbesondere mit biographischem Ansatz, differenzierter beantworten lassen. Beeinflusst werden kann die Bereitschaft zu wandern auch durch gezielte staatliche Wanderungspolitik.

4. ANFÄNGE DER ANWERBE- UND RÜCKKEHRPOLITIK DER DDR 1952/53

Als sich die Wanderungsbilanz im Jahr 1952 allzu ungünstig für der DDR entwickelte, reagierte die SED-Führung mit Gegenmaßnahmen⁵⁴ und rief zum »Kampf gegen die Republikflucht« auf. Dabei stellte die Hoffnung auf Gegenwanderung ein wesentliches Element dar.⁵⁵ Diese gezielte Werbung von Arbeitskräften aus der Bundesrepublik gehörte zum integralen Bestandteil des Maßnahmenkatalogs. Die Anwerbemaßnahmen bedienten sich vor allem propagandistischer Strategien. Erfolgsgeschichten über begeisterte Zuwanderer aus der Bundesrepublik und Diffamierungskampagnen gegenüber den Wanderungsmotiven von Republikflüchtlingen ergänzten das Bild über die deutsch-deutsche Migration in den Medien. Landesweit sollten laufend kleinere Veröffentlichungen über die Beschäftigung westdeutscher Wissenschaftler, Ärzte, Ingenieure, Facharbeiter etc. in Betrieben und Institutionen der DDR publiziert werden. Parallel dazu sollten Anwerbungen begehrter Arbeitskräfte nach Plan erfolgen. So war die Abteilung Industrie des ZK beauftragt, in Kooperation mit den Fachministerien konkrete Bedarfspläne für qualifizierte Facharbeiter auszuarbeiten.

Anwerbungen richteten sich an Berufsgruppen, in denen der »brain drain« bereits bemerkbar war. Adressaten bildeten ferner Berufe, für die zukünftig ein erhöhter Bedarf an Arbeitskräften bestand: Nach den Richtlinien gehörten dazu Naturwissenschaftler, Physiker, Chemiker, Biologen, Ärzte, Agrarwissenschaftler, sonstige Wissenschaftler, Spezialisten und Ingenieure aller technischen Richtungen sowie Architekten und hervorragende Künstler. Von den Ministerien sollten Vorschlagslisten ausgearbeitet werden. Die Werbung sollte gezielt auch über Delegationsbesuche und briefliche Kontakte gefördert werden. Zur Unterstützung der Anwerbung wurde das Amt für Information mit einer Schriftenreihe beauftragt, in der die Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse verschiedener Berufsgruppen als besonders attraktiv herausgestellt wurden.⁵⁶

54 Vgl. handschriftliche Mitteilung Dahlem an Rost (undatiert) sowie Anlage: Vorschläge zum Bericht über die Republikflucht, datiert vom 5.9.1952, BA, SAPMO, Dy 30 J IV/2/2/230.

55 Angesichts der schwierigen Implementierung werden insbesondere in der Zeit von Ende Februar bis April die Beschlüsse mehrfach erneuert und erweitert. Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats Nr. 20/53 vom 23.3.1953, BA, SAPMO, Dy 30 J IV/2/3/372. Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats Nr. 22/53 vom 30.3.1953, BA, SAPMO, Dy 30 J IV 2/3/373. Über die Notwendigkeit »weitere Vorschläge, die unmittelbar durchzuführen sind, zu unterbreiten« sowie einen Briefentwurf an die Bezirks- und Kreisleitungen der SED und an die Vorsitzenden der Bezirks- und Kreisräte wie an die Bürgermeister zu geben. Vgl. Hausmitteilung Ulbrichts an Plenikowski und Wandel vom 15.4.1953, BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/394. »Bericht über die Entwicklung der Republikflucht im März 1953«, Vorlage zur Sekretariatssitzung am 27.4.1953 (handschriftlich datiert vom 24.4.1953,) BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/394. – Vgl. Protokoll Nr. 28/53 der Sitzung des Sekretariates des Zentralkomitees am 27.4.1953, Anlage Nr. 5: Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht, BA, SAPMO, Dy 30 J IV/2/3/379, Bl. 32–33, sowie Rundschreiben Nr. 27/53, Direktive des ZK über weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht, BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/394.

56 Ebd.

Diese Vorschläge zur Förderung des Zuzugs waren getragen von den Elementen einer klassischen Anwerbepolitik⁵⁷, die ohne starke institutionelle Verankerung auskommen musste. Das Politikfeld der West-Ost-Migration war in der DDR eine Querschnittsaufgabe verschiedener Ressorts, flankiert durch Parteistellen und Massenorganisationen. Zum eigentlichen Träger und Exekutivorgan der staatlichen Organisationsgewalt avancierte jedoch die Innere Verwaltung, Abt. Bevölkerungspolitik. Im Kontext der Republikfluchtbeschlüsse im Jahr 1952/53 wurden der Abt. Bevölkerungspolitik im Bereich der deutsch-deutschen Wanderung und der Rückkehrförderung neue Aufgaben übertragen. Seit ihrer Gründung war sie insbesondere mit Nachkriegswanderungen, u.a. auch der Umsiedlerfrage, befaßt gewesen.⁵⁸ Personell und infrastrukturell blieb sie jedoch nur schwach ausgestattet. Das formulierte Grundkonzept der Anwerbung zeigt, dass die SED selbst Werbestrategien vorschlug, die sie in der Propaganda der Bundesrepublik als eine der Ursachen der Abwanderung unterstellte: die Abwerbung durch den politischen Gegner. Die Projektion der eigenen Erfolglosigkeit als propagandistischer Vorwurf an den Gegner korrespondierte gleichsam mit der eigenen Ohnmacht, das Problem West-Ost-Migration zu steuern. Alle Versuche, der Zuwanderung mit dem Instrumentarium planvoller Steuerung beizukommen, waren aussichtslos, solange es einen asymmetrisch funktionierenden Arbeitsmarkt gab.

Abgesehen vom Ministerium für Gesundheitswesen reagierten die Ministerien zurückhaltend auf die propagandistischen Vorschläge der systematischen Werbung. Das Gesundheitsministerium konnte nur deshalb einen Werbeerfolg verbuchen, weil die Arbeitsmarktsituation für junge Ärzte in der Bundesrepublik sehr schwierig war. Im Ärzteberuf stellte sich in den frühen Jahren des geteilten Deutschland ein starkes Nachfragegefälle ein, d.h. dem hohen Überschuss an jungen Ärzten in der Bundesrepublik stand eine entsprechende Nachfrage in der DDR gegenüber.⁵⁹

Die Anziehungskraft der DDR blieb jedoch in den meisten qualifizierten Berufen begrenzt. Dies gilt insbesondere für Professionen der »Intelligenz« sowie für Künstler, obgleich eine Beschäftigung in der DDR für die angestrebte Berufskarriere durchaus attraktiv sein konnte. Bei offenen Grenzen bevorzugten viele Interessenten und Beschäftigte aus dem Westen eine Situation als Grenzgänger zwischen Ost und West, anstatt sich für eine definitive Übersiedlung zu entscheiden. Der Grenzgänger lebte im Westen und arbeitete im Osten oder umgekehrt. In der Zeit zwischen 1949 und 1961 teilten schätzungsweise 200.000 Menschen das Schicksal eines Grenzgängers, der im Westen lebte und im Osten arbeitete oder umgekehrt.⁶⁰

Die gesamte Anwerbepolitik bezog sich auf Bundesbürger. Zu einer Politik der gezielten Förderung der Rückkehr ehemaliger Republikflüchtlinge ließ sich die SED-Führung erst auf Druck der Sowjetunion bzw. der sowjetischen Militäradministration bewegen, die die Destabilisierung der jungen DDR durch die Massenabwanderung kritisch beobachtete und eine Gefährdung des jungen Satellitenstaates fürchtete. Obwohl

57 Die »Anwerbepolitik« von ausländischen Arbeitskräften in der Bundesrepublik beruhte beispielsweise auf einer gezielten, mit der Regierungsseite des Anwerbelandes vereinbarten Anforderung von Arbeitskräften, gesteuert durch Regierung, Arbeitsämter und Wirtschaftsunternehmen. Sie war nach bestimmten Berufsgruppen, Ländern etc. kontingentiert. Vgl. *Bethlehem*, 1982, S. 182 f.

58 Vgl. Protokoll der Sitzung des Kollegiums vom 17.7.1953, BA, DO 1-34/3615.

59 *Anna-Sabine Ernst*, »Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus«. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster 1997, S. 71 ff.

60 Vgl. *Erika M. Hoerning*, Kalter Krieg in Berlin, in: *Wolfram Fischer-Rosenthal/Peter Alheit* (Hrsg. unter Mitarbeit von Erika Hoerning), Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktion gelebter Gesellschaftsgeschichte, Frankfurt/Main 1990, S. 153–170. Ausführlich *dies.*, Zwischen zwei Fronten. Berliner Grenzgänger und Grenzhändler 1948–1961, Köln 1992, S. 1.

die SED-Führung über die Parteipresse mehrfach erklären ließ, dass Republikflüchtlinge, die nicht mit den Gesetzen in Konflikt geraten waren, in die DDR zurückkehren könnten⁶¹, waren solche Verlautbarungen angesichts der Strafandrohung gegen und Diffamierung von Republikflüchtlingen für die Adressaten kaum glaubwürdig.⁶²

Erst die kritische Intervention der Sowjetunion bewegte die SED-Führung dazu, mit der Politik des »Neuen Kurses« ein Zeichen zu setzen, um gerade die Bevölkerungsgruppen, die sie durch ihre Politik in die Flucht geschlagen hatte, zur Rückkehr zu bewegen.⁶³ So kündigte das unter schärfster Beobachtung des sowjetischen Vertreters Semjonow abgefasste »Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953« an, dass die Bauern und alle zurückkehrenden Republikflüchtlinge ihr beschlagnahmtes Eigentum zurückerhalten würden, respektive vollwertigen Ersatz sowie Kredite beanspruchen könnten. Weiterhin wurde darin verkündet, dass Republikflüchtlinge nach ihrer Rückkehr in die DDR keine Nachteile zu erwarten hätten. In den Bezirken und Kreisen sollten daher eigens Auskunftsstellen eingerichtet werden, um Rückkehrer rasch in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben zu reintegrieren.⁶⁴ Zwei Tage später erließ die SED-Führung die »Verordnung über die in das Gebiet der DDR in den demokratischen Sektor von Groß-Berlin zurückkehrenden Personen«⁶⁵ vom 11. Juni 1953 und setzte die bisherige Praxis der Vermögenskonfiskation bei Republikflucht außer Kraft.⁶⁶ Parallel dazu wurde das Aufnahmeverfahren für Rückkehrer und Zuziehende weitestgehend beschleunigt. Die Volkspolizeikreisämter sollten möglichst schon nach zwei Wochen den Personalausweis ausstellen.⁶⁷ Den Willen zur Zuzugs- und Rückkehrförderung zeigte das

61 Vgl. Protokoll Nr. 217/52 der Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees am 8.12.1952, BA, SAPMO, Dy 30 J IV/2/3/236. – Siehe auch allgemein Fernschreiben der HVDVP, Pass- und Meldewesen, an alle Bezirksbehörden vom 14.2.1953, BA, DO 1-11/962, Bl. 21.

62 In einigen Kreisen ging die Strafpraxis so weit, dass ausnahmslos alle Personen, die in die DDR zurückkamen bestraft wurden. Vgl. SED-Bezirksleitung Rostock an ZK der SED, 10.2.1953, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/394.

63 Vgl. *Staritz*, 1996, S. 131. – Zur neueren schichtenspezifischen und innenpolitischen Betrachtung des 17. Juni vgl. die Beiträge des Sammelbandes *Ilko-Sascha Kowalsczuk/Armin Mitter/Stephan Wolle* (Hrsg.), *Der Tag X – 17. Juni 1953. Die »Innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54*, Berlin 1995. Zum neueren Forschungsstand siehe auch *Thorsten Diedrich*, *Zwischen Arbeitererhebung und gescheiterter Revolution in der DDR: Retrospektive zum Stand der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung des 17. Juni 1953*, Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1994, S. 288–305; *Martin Krämer*, *Der Volksaufstand des 17. Juni 1953 und sein politisches Echo in der Bundesrepublik Deutschland*, Dortmund 1996; *Christian F. Ostermann*, »Keeping the pot simmering«. The United States and the East German Uprising of 1953, in: *German Studies Review* 19, 1996, S. 61–89; *Karl Wilhelm Fricke*, *Zur Geschichte der historischen Deutung des Aufstandes vom 17. Juni 1953*, in: *Heidi Roth*, *Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke*, Köln 1999, S. 13–100.

64 Vgl. Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953, Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin 1954, S. 428–430, hier: S. 430.

65 Vgl. Anlage Nr. 7 zum Protokoll Nr. 34/53 vom 9.6.1953, BA, SAPMO, Dy 30 J IV 2/2A/272, Bl. 18–20; veröffentlicht nebst »Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die in das Gebiet der DDR und den demokratischen Sektor von Groß-Berlin zurückkehrenden Personen« vom 11.6.1953 sowie »Verordnung über die Aufhebung der Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung« vom 11.6.1953, GBl., Nr. 78 vom 19. Juni 1953, Bl. 805–806.

66 Verordnung über die Sicherung der Vermögenswerte, vom 17.7.1952, GBl. 1952, Bl. 615, sowie die »Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion« vom 19.2.1953, GBl. 1953, Bl. 329.

67 Dienstanweisung Nr. 24/53 des Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 11.6.1953, MdI Z 3 (Schriftgutverwaltung).

Arbeitsministerium vor allem darin, dass West-Ost-Migranten eine bevorzugte Zuteilung von Wohnungen und Arbeitsplätze zukommen sollte.⁶⁸

Das Kernstück der Rückkehrerförderung bestand in der Rückgabe des Vermögens.⁶⁹ Daher setzten die Behörden der DDR alles daran, die Vermögensrückgabe »rasch« und »unbürokratisch« durchzuführen. Im Übereifer wies die zuständige Abteilung Staatliches Eigentum fälschlich auch für solche Fälle die Rückgabe an, in denen Antragsteller ihren Wohnsitz nach wie vor in Westdeutschland hatten.⁷⁰ Allein im Bezirk Schwerin wurden in der zweiten Junihälfte 22 Fälle von unrechtmäßigen Vermögensrückgaben an Verwandte und Bevollmächtigte bekannt.⁷¹ Dieser den politischen Sinn der Verordnung gehörig verkehrende Fauxpas sorgte an der Spitze des Innenministeriums für große Aufregung.⁷²

Die Stimmungsberichte des MfS zeigten auf, dass die ehemaligen Republikflüchtlinge in der Bundesrepublik diesem abrupten Kurswechsel kaum Vertrauen schenkten und ihre Rückkehr von einem Regierungswechsel abhängig machten.⁷³ Am wenigsten folgten die umworbenen Bauern dem Aufruf zur Rückkehr, so dass die Regierung bereits Mitte Oktober 1953 die Verordnung zur Vermögensrückgabe widerrief.

5. VERGEBLICHES RINGEN DER DDR UM EINE POSITIVE WANDERUNGSBILANZ ZWISCHEN WEST UND OST

Die Schwierigkeiten bei der Werbung zur Re- bzw. Immigration von Arbeitskräften aus dem Westen des geteilten Landes waren offenkundig. Dennoch setzte die SED die Zuzugs- und Rückkehrförderung während der 1950er Jahre mit wechselnder Intensität fort, um einen möglichst hohen Wanderungsausgleich zu erzielen.

In dem Maße, wie sich die West-Ost-Migration nach der Systemkrise vom Juni 1953 nicht im gewünschten Maße entwickelte und zugleich der Legitimationsdruck auf das SED-Regime wuchs, wurde die Abteilung Bevölkerungspolitik 1954 und im darauffolgenden Jahr in den Berichten des ZK mehr und mehr zum Sündenbock der versagten Hoffnungen auf eine günstigere Wanderungsbilanz gemacht. Zum Dauerlamento geriet der Vorwurf, dass die Abt. Bevölkerungspolitik sich nicht genügend engagiert habe, d.h. es nach dem 17. Juni 1953 versäumt habe, »wirksame« Maßnahmen gegen die Republikflucht zu ergreifen und sie – mehr noch – nicht das notwendige politische Engage-

68 Arbeitsanweisung zur arbeits- und wohnungsmäßigen Unterbringung von Rückkehrern und zuziehenden Personen aus Westdeutschland und Westberlin vom 22.6.1953, BA, DQ 2/1683.

69 Vgl. Verordnung über die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und dem demokratischen Sektor von Groß-Berlin zurückkehrenden Personen, vom 11.6.1953, GBl. 1953, Nr. 78 vom 19.6.1953, Bl. 805–806. – § 1 legte fest: »Alle republikflüchtigen Personen, die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und den demokratischen Sektor von Groß-Berlin zurückkehren, erhalten das aufgrund der Verordnung vom 17. Juli 1952 zur Sicherung von Vermögenswerten (GBl. S. 651) beschlagnahmte Eigentum zurück. Ist im Einzelfall eine Rückgabe dieses Eigentums nicht möglich, so ist Ersatz zu leisten.«

70 Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, »Bericht über die Überprüfung der Durchführung der Verordnung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 11.6.1953 über die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und den demokratischen Sektor von Groß-Berlin zurückkehrenden Personen« vom 29.9.1953, BA, DC 1/280.

71 Vgl. Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, Bericht über die Durchführung der Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates seit dem 11.6.1953, vom 22.7.1953, BA, SAPMO, NY 4090/435, Bl. 302–445, hier: Bl. 394 f.

72 Vgl. Schreiben Grötschel, Staatssekretär des Staatssekretariats für Innere Angelegenheiten, an den Operativstab beim Ministerpräsidenten vom 26.6.1953, BA, SAPMO, NY 4090/446, Bl. 254.

73 Vgl. z.B. Abteilung IV/5, Bericht vom 23.10.1953, BStU AS 39/54, Bd.1, Bl. 119–121.

ment für die Werbung von Arbeitskräften in Westdeutschland gezeigt habe.⁷⁴ Angesichts solcher Klagen wurde das Aufgabenfeld der Abt. für Bevölkerungspolitik in einem Beschluss des Ministerrates zur »gesamtdeutschen Arbeit« neu festgelegt.⁷⁵

Der Beschluss zielte u.a. auf die Neuausrichtung der Abt. Bevölkerungspolitik und der Auskunftsstellen. Sie waren im Aufnahmeregime die eigentlichen Exekutivorgane der staatlichen Anwerbepolitik. Ihnen oblag erstens die Förderung der Arbeitsaufnahme von Westdeutschen und von Rückkehrern sowie deren weitere Eingliederung und zweitens die »politisch-ideologische Arbeit« mit den Besuchern aus der Bundesrepublik.⁷⁶ Mehr als bisher sollten sie als Initiatoren der Rückkehr- und Zuzugsförderung fungieren.⁷⁷ In der Verwaltungspraxis auf kommunaler und regionaler Ebene indes trafen diese politischen Absichten in ein Vakuum.⁷⁸ Da von der Klientenseite keine Nachfrage bestand und bei den Akteuren in den Kommunen der politische Auftrag mehr auf Distanz als auf das notwendige Engagement traf, blieb die West-Ost-Migration ein ungeliebtes Aufgabenfeld der inneren Verwaltung.

Anstatt die illusorisch definierten Zielsetzungen selbst zu hinterfragen, geriet die Abteilung seit September 1954 in dem Maße ins Kreuzfeuer der Kritik, wie die erhofften hohen Zahlen der West-Ost-Migration ausblieben.⁷⁹ Dass die schwach besetzte Abteilung Bevölkerungspolitik ein schier unlösbares Aufgabenfeld vor sich hatte, ignorierte die eingesetzte ZK-Kontrollbrigade. Vergeblich suchte die Abteilung Bevölkerungspolitik sich durch akribische statistische Tätigkeitsnachweise vom Vorwurf der Untätigkeit zu entlasten.⁸⁰ Republikweit konnte sie für die Monate August bis Oktober 1954 7.734 Gespräche mit Rückkehrern, 6.517 mit Zuziehenden und 4.864 mit Angehörigen nachweisen; 2.455 Rückkehrer, 2.126 Zuziehende und 2.055 Angehörige hatten sich bereit erklärt, nach Westdeutschland zu schreiben und zur Rückkehr aufzufordern; 1.366 Personen waren auf direktes Einwirken der Abteilung hin in die DDR zurückgekommen; 302 Personen stellten ihren Antrag auf legale Ausreise zurück; 853 Rückkehrer und 919 Zuziehende erklärten sich bereit, ihre Erfahrungen in der Presse publik zu machen; 1.056 Rückkehrer und 1.026 Zuziehende wollten dies im Rundfunk tun.⁸¹

74 Vgl. die verschiedenen Versionen des Berichtes, datiert vom 26.10., 5.11., 16.11. und 21.11., BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/394.

75 Beschluß zur Verbesserung der Arbeit der örtlichen Organe des Staates auf dem Gebiet der gesamtdeutschen Arbeit, 37. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 28.2.1954, BA, DC 20 I/4-53.

76 Vgl. Aktennotiz betr. Durchführung des Beschlusses des Politbüros über den Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 28.2.1954 über die Verbesserung der Arbeit der örtlichen Organe des Staates auf dem Gebiet der gesamtdeutschen Arbeit vom 10.3.1954, BA, DO 1-8/228. – Vgl. weiterhin Richtlinie für die Tätigkeit der Referate Bevölkerungspolitik bei den örtlichen Organen des Staates auf dem Gebiete der Bevölkerungsbewegung über die Demarkationslinie und die Sektorengrenze in Berlin vom 17.3.1954, Staatssekretär für Innere Angelegenheiten, BA, DO 1-34/31858.

77 Arbeitsanweisung für die Tätigkeit der Auskunftsstellen für zurückkehrende und zuziehende Personen aus Westdeutschland und Westberlin bei den Räten der Kreise (gez. Hegen und Heyden vom 20.4.1954), BA, DO 1-34/31858.

78 Vgl. »Leitfaden«, BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/395.

79 Protokoll der Sektorenleiterbesprechung ZK-Abt. Staatliche Verwaltung vom 21.9.1954, BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/27.

80 Vgl. Berichterstattung Schreiben an alle Abt. Bevölkerungspolitik der Bezirksverwaltungen vom 23.11.1954, BA, DO 1-34/3526.

81 Vgl. Zentrale Zusammenstellung der angeforderten Statistik (Monate August bis Oktober): Umfang und Charakter der Maßnahmen gegen die Republikflucht und zur Förderung der Rückkehr, 6.12.1954, BA, DO 1-11/5036.

Auf dem Höhepunkt der ungünstigen Wanderungsbilanz reagierte das ZK mit einem politischen Disziplinierungsakt und zögerte im Hochsommer 1955 personelle und institutionelle Konsequenzen nicht mehr länger hinaus:⁸² Von den 25 Mitarbeitern der Abt. Bevölkerungspolitik wurden 4 entlassen, darunter in vorderster Reihe der Leiter der Abteilung, Fritzsche, sowie die Unterabteilungsleiterin für Bevölkerungsbewegung, Muth. In diesen Fällen ließen sich – so das Urteil der ZK-Brigade – sachliche Eignung und politische Integrität nicht auf einen Nenner bringen.⁸³ In Wirklichkeit war auf den unteren Verwaltungsebenen der Kampf gegen die Republikflucht bereits als aussichtslos aufgegeben worden.⁸⁴

Sogenannte Rückkehrerkomitees bildeten in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre einen neuen Ansatzpunkt der Werbung. Bis Ende der 1950er Jahre erfolgten insgesamt drei Versuche, sie als wichtige Instrumentarien zur Rückkehrförderung zu etablieren. Die erste politische Initiative zur Komiteebildung erging zu einem Zeitpunkt, als die »sozialistische Demokratie« unter Ulbricht in der kurzwährenden Periode des Tauwetters im Frühjahr 1956 gezwungen war, über neue Formen der politischen Partizipation nachzudenken. Der zweite Versuch startete im Anschluss an den Erlass des Passgesetzes, der dritte Versuch stand im Kontext der Unterstützung von Rückkehr und Zuzug im günstigen Wanderungsjahr 1959.⁸⁵ Das Ziel ihrer Tätigkeit bestand darin, die Härten abzumildern, die aus der zunehmenden Kriminalisierung der Republikflucht erwuchsen. Die Komiteearbeit setzte auf freiwilliges Engagement, das sich nur schwer mobilisieren ließ. Die zur Mitarbeit aufgeforderten Funktionäre distanzieren sich mit der Ausrede, dass in ihrem Betrieb oder in ihrer Kommune »ja nur ein paar Personen republikflüchtig« geworden seien.⁸⁶ Spätestens beim dritten Anlauf ließen die meisten Bezirke das Informationsvakuum in ihren Berichten transparent werden und vermerkten, dass bei den aus den Kreisen zusammengefassten Übersichten, die Betriebskomitees, nur »mehr oder weniger auf dem Papier« existierten.⁸⁷

Neben dem wirkungslosen bzw. fehlenden Agieren der Komitees zeigten sich unintendierte Folgen der Komiteearbeit. Anstatt als semi-staatliches, realsozialistisches Netzwerk zur Förderung der Rückkehr zu fungieren, wurden die Komitees als Beschwerdeinstanz umfunktioniert. Brigadeeinsätze förderten die bittere Realität zutage, dass sich die Kommissionen insbesondere in den Betrieben »mit allem anderen befassten nur nicht mit der Organisation der Rückkehr republikflüchtiger Personen« und hingegen ihre Zeit vorwiegend mit ungelösten Reiseangelegenheiten zubrachten. Selbst wenn man konkrete Aufträge zur Rückführung habe, seien die »Erfolge bislang ausgeblieben«.⁸⁸ Nur in Ausnahmefällen wurden die Komitees tatsächlich einmal wegen ihrer ursprünglichen

82 Abt. Staatliche Organe, Bericht zur Arbeit des Staatssekretariats für Innere Angelegenheiten, 9.9.1955, BA, Dy 30, SAPMO, 30 IV/2/13/116.

83 Ebd.

84 Vgl. Niederschrift über die Überprüfung der Probleme des Kampfes gegen die Republikflucht im Bezirke Leipzig vom 26.-27.1. und 8.-10.2.1956, BA, SAPMO, Dy 30 2/13/397.

85 Vgl. »Richtlinie zur Bildung von Kommissionen für den innerdeutschen Reiseverkehr bei den Räten der Kreise« vom 10.12.1956, und »Richtlinie für die Bildung von Komitees zur Unterstützung der Rückkehr von Personen aus Westdeutschland und Westberlin, die die Deutsche Demokratische Republik verlassen haben« vom 10.6.1956, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/397. – Vgl. Schreiben Abteilungsleiter Bergmann an ZK der SED, Abt. Agitation und Propaganda vom 5.2.1959, BA, DO 1-34/18766. Schreiben Bergmann an die Räte der Bezirke und Magistrat von Groß-Berlin vom 20.2.1959, ebd.

86 Sektor Leitende Staatsorgane, Bericht über die Durchführung der Maßnahmen zur Republikflucht vom 10.10.1956, SAPMO, Dy 30, IV/2/13/397, hier: S. 1 f.

87 Vgl. Zusammenstellung »Komitees« aus Berichten der Bezirke vom 6.5.1959, BA, DO 1-34/18766.

88 Bericht über den Brigadeeinsatz in den Städten Dresden und Karl-Marx-Stadt vom 9.-20.6.1959, BA, DO 1-34/19154.

Aufgabenbestimmung von Ratsuchenden in Anspruch genommen. Zumeist ersuchten Verwandte mit Hilfe der Komitees eine offizielle strafrechtliche Exkulpation für Angehörige zu erwirken, deren Entschluss zur Rückkehr ohnehin bereits feststand.⁸⁹

Ein besonderes Aktions- und Werbungsfeld stellten schließlich Jugendliche dar, die im Kontext der Wiederbewaffnungsdebatte der 1950er Jahre zu wichtigen Adressaten wurden.⁹⁰ Anfang März 1955 nutzte die SED erstmals die umstrittene Remilitarisierung in der Bundesrepublik und signalisierte mit dem Beschluss der Volkskammer »Zum Schutze der friedliebenden Jugend Westdeutschlands«⁹¹ eine generelle Aufnahmebereitschaft gegenüber westdeutschen Jugendlichen: Auf einem neuen Höhepunkt der Wehrpflichtdebatte, im Sommer 1956, entspann sich das Medienspektakel ein zweites Mal.⁹² Den gesamten Sommer über entfalteten die wichtigsten Printmedien der SED eine Kampagne zur Erfüllung der »Aufnahmeverpflichtungen« westdeutscher Jugendlicher in Betrieben.⁹³ Offizielle Berichte signalisierten zwar die Aufnahmebereitschaft von Familien und Betrieben in der DDR und stellten Ausbildungsplatz und Arbeitsplatzgarantien heraus.⁹⁴ Entgegen propagandistischen Verlautbarungen ließen sich die Beweggründe für die Übersiedlung von Jugendlichen jedoch nur selten mit der vorgegebenen Interpretation der Flucht vor dem Wehrdienst vereinbaren.

Diese Medienkampagnen hatten in der Bundesrepublik eine erhöhte Aufmerksamkeit für gescheiterte Ost-West-Migranten zur Folge.⁹⁵ Eine Auftragsstudie des Deutschen Industrieinstituts mahnte, dass die politisch-administrativen Akteure in der Bundesrepublik angesichts der hohen Rückwanderung von enttäuschten jugendlichen DDR-Zuwanderern nicht tatenlos bleiben könnten. Gefürchtet wurde gleichermaßen eine zunehmende Arbeitskräfteverknappung und ein drohender Legitimationsverlust in der Bundesrepublik im System-Wettstreit um die besseren Lebensverhältnisse zwischen Ost

89 So etwa die Information aus Ferch, durch Leiter des dortigen Aufnahmeheimes vom 17.2.1959, BA, DO 1-34/18766

90 So stand andererseits im Zentrum der SED-Analysen zu den Ursachen der Republikflucht in den Jahren 1954/55 der Konnex von Wiederbewaffnung und Wanderungsbewegung. Die als »Adenauer-Regime« benannte Bundesregierung wurde beschuldigt, die »Republikflucht« zu nutzen, um die Arbeiterklasse vom Kampf gegen die europäische Verteidigungsgemeinschaft abzuhalten. Vgl. Ackermann, 1995, S. 140 f. Zur Propaganda gegen die Republikflucht innerhalb der FDJ in diesen Jahren: Vgl. Ulrich Mähler/Rüdiger-Gerd Stephan, *Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend*, Opladen 1996, S. 107 ff.

91 »Alle Jugendlichen, die in Westdeutschland gegen die Militarisierung kämpfen und sich gegen die drohende Rekrutierung zur Wehr setzen und unter Missachtung der persönlichen Freiheiten der demokratischen Rechte der Verfolgung durch die Adenauer-Behörden ausgesetzt sind, werden, wenn sie es wünschen, in der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen. Die von den westdeutschen Behörden verfolgten Jugendlichen können in der Deutschen Demokratischen Republik ihrer beruflichen Arbeit nachgehen bzw. ihr Studium fortsetzen bis zu dem Zeitpunkt, an dem in Westdeutschland wieder normale Verhältnisse herrschen und sie in ihre Heimatorte zurückkehren und dort in Frieden und Freiheit leben und arbeiten können.«, z.B. abgedruckt in: *Stimme des Patrioten*, Jg. 1955, Nr. 6 (2. Märzhälfte), o.S.

92 Vgl. Schreiben HA Innere Angelegenheiten an die Vorsitzenden der Räte, BA, DC 1/5009.

93 Vgl. die Zusammenstellung des Ministeriums für Arbeit: Arbeitsplätze in der Deutschen Demokratischen Republik für westdeutsche Jugendliche, die sich der Wehrpflicht entziehen, BA, DQ 2/1704.

94 Vgl. »Erklärungen von Betrieben der DDR, die Arbeitsplätze bereitstellen für westdeutsche Jugendliche, die sich der Wehrpflicht entziehen«, ebd.

95 Vgl. Ackermann, 1995, S. 233–250.

und West.⁹⁶ In der Bundesrepublik wirkten solche Diskussionen als Katalysator für verstärkte Integrationsangebote.⁹⁷

6. UNERWÜNSCHTE WEST-OST-MIGRATION UND RESTRIKTIONEN DER AUFNAHMEPOLITIK: PROBLEME UND REAKTIONEN

Das »andere« Gesicht der Politik der Rückkehr- und Zuzugsförderung zeigte sich darin, dass den West-Ost-Migranten das besondere Augenmerk der Sicherheitsbehörden galt. Aus der ganzen Republik erreichten die obersten Partei- und Staatsbehörden Klagen nach der Systemkrise über »dreistes« und »kriminelles« Verhalten dieser Personengruppe.⁹⁸ Diese waren zumeist verbunden mit dem Lamento, dass der Volkspolizei keine hinreichend geeigneten Instrumentarien zur Verfügung stünden, sich unerwünschter Personen zu entledigen. Als Hauptfrage der Aufnahmepolitik kristallisierte sich seit Mitte der 1950er Jahre das Problem der unerwünschten West-Ost-Migration heraus. Es gab Anlass zu einer Reihe aufnahmepolitischer Weichenstellungen, die einschneidende Restriktionen mit sich brachten.

Die restriktiven Maßnahmen innerhalb des Aufnahmeregimes ließen sich aus Sicht der Sicherheitsbehörden mit handfesten Beobachtungen über abweichendes Verhalten von West-Ost-Migranten rechtfertigen. Es waren insbesondere zwei Erscheinungsformen, die den Verdacht der größeren Kriminalitätsanfälligkeit von West-Ost-Migranten entstehen ließen. Zum ersten konzentrierte sich ein solches Verdikt auf den Kontext der Aufnahmeheime; zum zweiten wurde es insbesondere bezüglich der Vergabe von Rückkehrerkrediten und des Missbrauchs dieser öffentlichen Leistungen vorgetragen.⁹⁹ Der Jahresbericht 1954 des Ministeriums für Justiz hielt fest, dass die Volkspolizei während ihrer Ermittlungen in sehr unterschiedlichen Strafkontexten darauf gestoßen sei, dass ein »nicht unerheblicher Teil« der Neuzugezogenen in der DDR straffällig wurde bzw. bereits wegen begangener Straftaten aus Westdeutschland geflüchtet war.¹⁰⁰

Unzweifelhaft betrug der Anteil der West-Ost-Migranten in der Kriminalitätsstatistik ein Mehrfaches des Anteils der einheimischen Bevölkerung. So belief sich die migrantenspezifische Kriminalität nach einer ersten Berechnung der Volkspolizei für das III. Quartal 1957 auf das Dreifache der übrigen Bevölkerung.¹⁰¹ Ein Jahr später bezifferte das Justizministerium die Kriminalitätsbelastung der West-Ost-Migranten gar auf das Sechsfache.¹⁰² Mit prüfendem Blick auf das Zustandekommen der Statistik erweisen sich die Kriminalitätsraten allerdings zu nicht geringen Teilen als eine self-fulfilling prophecy strafpolitischer Praxis in der DDR. Die höchsten Anteile der West-Ost-Migranten in der Kriminalstatistik entfielen vor allem auf die politischen Delikte. Bei einem Anteil der West-Ost-Migranten von 10,5% an der Gesamtkriminalität im Jahr 1960 zeigt sich bei-

96 *Deutsches Industrieinstitut*, Das sozialpolitische Problem der Jugendflucht aus der Sowjetzone, Nr. 1 März 1956 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 17.

97 Vgl. *Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte* (Hrsg.), Zusammenstellung der Bestimmungen der beruflichen, schulischen und erzieherischen Förderung der jugendlichen Zuwanderer aus der sowjetischen Besatzungszone, Bonn 1957.

98 Schreiben Ministerium für Arbeit an Ministerium für Staatssicherheit vom 11.9.1953, BStU, ZA, AS 39/54, Bd. 1a, Bl. 6 f.

99 Schreiben Maron an Wollweber vom 7.12.1953, BStU, ZA, As 81/56, Bl. 49.

100 Jahresbericht des Ministeriums der Justiz, Die Bewegung der Kriminalität in der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1954, BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/410.

101 Leiter der U-Abteilung an Leiter der HVDVP vom 19.11.1957, BA, DO 1-11/710.

102 Bericht der Strafverfolgungsbehörde in der DDR über die Kriminalität im Jahre 1958, BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/414.

spielweise bei Spionage und Anwerbung ein Anteilswert von 43,5 %, bei Staatsverbrechen von 24 %, bei Staatsverleumdung von 16,7 %, bei Widerstand von 13,5 %, bei Vergehen gegen das Passgesetz von 19 %.¹⁰³ West-Ost-Migranten stellten aber lediglich nur etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung.¹⁰⁴

Entscheidende Änderungen folgten im Frühjahr 1957 als sich die vom Politbüro der SED eingesetzte Republikfluchtkommission ausführlich mit der Frage von Rückkehr und Zuzug befasste.¹⁰⁵ Die Kommission verständigte sich darauf, dass die DDR aufgrund bisheriger schlechter Erfahrungen mit der West-Ost-Migration keine generellen Anreize zur Rück- und Übersiedlung mehr gewähren könne. Wenn keine Nachteile befürchtet werden müssten, so wurde ferner argumentiert, werde der Entschluss zur Republikflucht nur ungenügend überdacht.¹⁰⁶ Ende des Jahres 1957 sollte die strafrechtliche Verfolgung gesetzlich in Kraft treten.¹⁰⁷ In der Beschlussvorlage für das Politbüro¹⁰⁸ begründete der Chef der Volkspolizei Maron die neue Zielrichtung der Aufnahmepolitik mit dem »Unverständnis« und der »Unzufriedenheit« in der Bevölkerung gegenüber der »gültigen Regelung der besonderen arbeits- und wohnungsmäßigen Vergünstigungen« für West-Ost-Migranten. Aufgrund der günstigen Aufnahmebedingungen war es seiner Darstellung zufolge an der Tagesordnung, dass »asoziale« und »kriminelle« Menschen durch wiederholtes Hin- und Herwandern sich ungerechtfertigte materielle Vorteile verschafften (z.B. Reisegeld, Kredite) und sich obendrein der Bestrafung von Vergehen und Verbrechen entzogen.¹⁰⁹ Dass die bevorzugte Behandlung von West-Ost-Migranten sich in der Realität sehr stark abgeschliffen hatte und oft Gegenstand von Ressentiments war, blieb an dieser Stelle unreflektiert.¹¹⁰

Das Politbüro gab also Order, die vermeintlich »bevorzugte arbeitsmäßige und wohnungsmäßige Unterbringung« für West-Ost-Migranten offiziell abzuschaffen und erließ darüber hinaus ein weiter ausdifferenziertes Reglement zur Unterscheidung von erwünschten und unerwünschten West-Ost-Migranten.¹¹¹ Als Kontrollinstrumentarium war die Einrichtung einer Sperr- und Hinweiskartei über alle Personen vorgesehen, deren Aufenthalt und Einreise in der DDR unerwünscht waren. Von dieser zentral geführten Kartei sollte je eine Kopie bei den Bezirksbehörden der Volkspolizei sowie in den Aufnahmestellen und -heimen vorliegen. Folgende Personen sollten in der Kartei geführt werden:

»Personen, die von den Aufnahmestellen zurückgewiesen werden; Personen, die von den VPKÄ (Volkspolizeikreisämter) und den Aufnahmeheimen zurückgeschleust werden; Rückkehrer und Erstzugezogene, die ohne Beachtung der polizeilichen Abmeldung ihren Wohnort verlassen haben und an keinem anderen Ort der DDR zur polizeilichen Anmeldung gekommen sind (erfolglose Aufenthaltsermittlung); Rückkehrer und Erst-

103 Vgl. BA, DO 1-34/31851.

104 Genau 1,32 % bezogen auf West-Ost-Migranten, die zwischen dem 1.1.1954 und 30.6.1961 in die DDR kamen und dort verblieben waren. Berechnet nach DO 18/291/1.

105 Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR*, Frankfurt/Main 1996, S. 148 ff.

106 Vgl. Sektor Leitende Staatsorgane, »Niederschrift über die Sitzung der Politbürokommission zu Fragen der Republikflucht am 28.2.1957« vom 4.3.1957, BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/398 sowie Vermerk Leiter der HA PM der HVDVP vom 8.3.1957 über eine Besprechung über den Beschluß des ZK zur Verhinderung der Republikfluchten bei Minister Maron, BA, DO 1-11/964, Bl. 93–97, hier: Bl. 97.

107 Vgl. Gesetz zur Änderung des Paßgesetzes der Deutschen Demokratischen Republik vom 11.12.1957, GBl., Nr. 78 vom 23.12.1957, S. 650.

108 Vgl. Protokoll Nr. 26/57 der Sitzung des ZK vom 26.6.1957, BA, SAPMO, Dy 30 J IV/2/2A/570, Bl. 11–14.

109 Ebd., Bl. 12.

110 Schmelz, 1999, S. 88–108, hier: S. 90 ff.

111 Ebd.

zugezogene, die republikflüchtig geworden sind; Personen aus Westdeutschland und Westberlin, die als kriminelle oder asoziale Personen bekannt sind, die als Schieber und Spekulanten bekannt sind und deren Aufenthalt weder für ständig noch zu Besuch erwünscht ist; Personen aus Westdeutschland und Westberlin, die gegen die Bestimmungen der Ausweis- und Meldevorschriften, gegen die Gesetze verstoßen haben.«¹¹²

Analog zu den Kriterien der Sperr- und Hinweiskartei wurden die Gründe festgelegt, die zu einer Ablehnung des Aufnahmegesuchs führten.¹¹³ Das neue Aufnahmereglement verursachte innerhalb kürzester Zeit einen Teufelskreis der Rückweisung: Immer mehr West-Ost-Migranten waren aufgrund des weitgefassten Kriterienkataloges in der Sperr- und Hinweiskartei verzeichnet und wurden als unerwünscht an der Grenze abgewiesen.

Die Rückweisungszahlen erfuhren folglich in der DDR einen dramatisch wachsenden Anstieg. Seit Anfang 1957 zeigte sich quartalsweise ein stetiger Anstieg der Rückweisungen, der bereits im letzten Quartal 1957 auf eine Quote von fast 25% anwuchs und im letzten Quartal 1958 einen Spitzenwert von 40,5% erreichte. Das Außergewöhnliche an dieser Entwicklung zeigte sich daran, dass der Anteil der Rückweisungen nach Änderung der administrativen Prioritätensetzung wieder auf 15% zurückging und sich bis Mitte des Jahres 1960 zunächst einmal auf diesem Niveau einpendelte.¹¹⁴

Angesichts hoher Rückschleusungsquoten und hoher Zuzugszahlen entschlossen sich die Akteure des Aufnahmeregimes im Jahr 1959 aus arbeitsmarktpolitischen Gründen vorübergehend erneut zu einer großzügigeren Aufnahmepolitik.¹¹⁵

7. AUFNAHMEPOLITISCHE ABSCHOTTUNG UND DIE ERRICHTUNG EINES SYSTEMATISCHEN ÜBERWACHUNGSAPPARATES WÄHREND DER BERLINKRISE

Im Jahre 1958 war die Zuwanderung um mehr als 20.000 Menschen von 77.924 auf 54.716 zurückgegangen. Für diesen negativen Entwicklungstrend wurden sowohl die Warnung der Bundesrepublik vor Rückkehr als auch die Auswirkungen des Passgesetzes vom Herbst 1957 verantwortlich gemacht, das das »illegale Verlassen« der DDR (die sogenannte »Republikflucht«) unter Strafe stellte. Als Ursache wurde ebenso die eigene restriktive Politik angeführt: Ungerechtfertigte Rückweisungen, Abschaffung der Vergünstigungen sowie die ungenügende gesellschaftliche und politische Betreuung und Eingliederung der Rückkehrer und Zuziehenden hätten sich – so hieß es nun – »nachteilig« auf die West-Ost-Migration in die DDR ausgewirkt.¹¹⁶ Drei Maßnahmen sollten die seit 1957 »rückläufige Tendenz« der West-Ost-Migration in die DDR umkehren helfen:¹¹⁷

112 Dienstanweisung des Ministers des Innern Nr. 7/57 betr. Rückkehrer und Erstzuziehende vom 28.8.1957, MdI, Z3 (Schriftgutverwaltung).

113 Ebd.

114 Für die Jahre 1957–1963 sind folgende Rückweisungsquoten zu verzeichnen: 1957: 14,9%; 1958: 21,9%; 1959: 10,9%; 1960: 21,5%; 1961: 23,1%; 1962: 28%; 1963: 50,9%. Berechnet nach BA, DO 1-34/31881.

115 Berichterstattung, Bergmann vor den 1. Stellvertretern der Vorsitzenden der Räte der Bezirke über Fragen der Rückkehrer und Zuziehenden und Leiter der HA Innere Angelegenheiten der Räte der Bezirke« am 22.1.1959, BA, DO 1-34/19154.

116 Ein erster Entwurf der Vorlage ist datiert auf den 13.1.1959, BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/400. Vgl. Protokoll Nr. 12/59 der Sitzung des ZK am 29.4.1959 (TOP 5: Rückkehrer und Erstzuziehende aus Westdeutschland und Westberlin in die DDR, BA, SAPMO, Dy 30 J IV 2/3/639, Bl. 9-11. Die Begründung der Vorlage findet sich nur im entsprechenden Arbeitsprotokoll, BA, SAPMO, Dy 30 J IV 2/3A/655, Bl. 4-6.

117 Vgl. ebd.

- durch eine »wohlwollende« Auslotung der Entscheidungsspielräume sank die Rückweisungsquote von 21,9 % im Jahr 1958 auf 10,9 % im Jahr 1959.¹¹⁸
- durch die Einführung eines umfassenden Kontroll- und Überwachungsnetzes im Innern der DDR-Gesellschaft sollte zugleich das Sicherheitsinteresse stärker berücksichtigt werden.
- durch Einrichtung der »Kommission zur Koordinierung der gesellschaftlichen Eingliederung« sollte die gesellschaftliche Integration der West-Ost-Migranten intensiver gefördert werden.

Auf zentraler Ebene trat die Kommission im Juli 1959 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen; in den folgenden Monaten gründeten sich entsprechende Kommissionen auf Bezirksebene. Sie setzten sich die Verbesserung der Eingliederung zum Ziel.¹¹⁹ Anstatt hohe Zuzugszahlen und Eingliederungserfolge vermelden zu können, mussten sich die Kommissionen allerorts mit ständig neuen Rekordmeldungen über hohe Abwanderungsraten in Bezirken und Kreisen auseinandersetzen.¹²⁰

Als die Bemühungen der Kommissionen, die Entwicklungen umzukehren, wirkungslos blieben, erfolgte schließlich die Abkehr von der Werbepolitik. Im Februar 1960 informierte ein Rundschreiben des ZK an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen, dass es nicht »zweckmäßig« sei, die »Rückkehr ehemaliger Bürger der Deutschen Demokratischen Republik aus der Westzone sowie die Übersiedlung von Bürgern der Westzone in die DDR zu forcieren.«¹²¹ Wenn West-Ost-Migranten nicht gezielt betreut wurden, drohten sie aus Sicht der Entscheidungsträger zu einem unkontrollierbaren Störpotenzial für die zunehmend prekäre politische Stabilität zu werden. Das Innenministerium, Abteilung Innere Angelegenheiten, legte daher neue Grundsätze fest, die die Rückkehr ehemaliger DDR-Bürger aus der »Westzone« und die Werbung für den Zuzug ausschließlich auf »besonders wertvolle Menschen« konzentriert sehen wollte.¹²²

Die politische Kehrtwende in der Aufnahmepolitik brachte den Ausbau strenger politischer Überwachungsmaßnahmen mit sich. Im Laufe des Frühjahrs 1960 erging ein Bündel von Weisungen des MdI an die untergeordneten Behörden, um ein umfassendes Kontroll- und Überwachungssystem auf allen Verwaltungsebenen und in den Betrieben aufzubauen. Damit kam eine abschließende, weitere Zuspitzung in der aufnahmepolitischen Entwicklung in Gang. Es handelte sich dabei im Wesentlichen um ein aus drei Versatzstücken zusammengesetztes striktes Aufnahme- und Überwachungsregime über West-Ost-Migranten, das aber nie als fertiges Ganzes entworfen und ausformuliert worden ist.¹²³ Dabei waren die drei im Folgenden knapp skizzierten Maßnahmen durchaus nicht ohne Vorläufer.¹²⁴ In ihrem Anspruch, einen totalen bürokratischen Kontroll- und Überwachungsapparat über West-Ost-Migranten auf den Weg zu bringen, erreichten diese nun eine völlig neuartige Qualität.

118 Vgl. Anm. 72.

119 Vgl. Probleme für die 1. Sitzung der Kommission Rückkehrer und Zuziehende am 7.7.1959 und Schlußfolgerungen, BA, DO 1-34/17129.

120 Ebd.

121 Brief an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED, Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 6/60 vom 3.2.1960, BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/3/674, Bl. 13–13a.

122 »Grundsätze der Aufnahme von Rückkehrern und Zuziehenden«, Vorlage für das Kollegium zur Sitzung am 25.3.1960, eingereicht durch die Abteilung Innere Angelegenheiten, BA, DO 1-34/31858.

123 Dieser Schluss liegt, zumindest auf Grund des derzeitigen Standes der erschlossenen Quellen, nahe.

124 Seit Anfang 1954 war eine auf 6 Monate begrenzte getrennte Karteiführung in der Einwohnermeldeverwaltung über Rückkehrer und Zuziehende beschlossen worden.

1. Die Einwanderung in die DDR war grundsätzlich nur noch über ein Aufnahmeheim möglich, um während eines mehrwöchigen Aufenthaltes eine bessere Kontrolle der Einwanderer aus der Bundesrepublik und der Rückwanderer zu erreichen. Jeder Arbeitsplatz und Wohnsitzwechsel der West-Ost-Migranten wurde streng kontrolliert. Eine Ansiedlung in den Kreisen entlang der Grenze war nur noch in Ausnahmefällen gestattet.¹²⁵

2. Es wurde eine gezielte kriminalpolitische Überwachung aller West-Ost-Migranten implementiert, die mindestens das erste Jahr nach ihrer Übersiedlung in die DDR andauerte und eine individuelle Überwachung garantierte.¹²⁶

3. Mit der landesweiten Einführung des Kerblochsystems wurden systematisch alle Personen erfasst, die seit 1.1.1954 aus dem Westen in den Osten Deutschlands gekommen waren.¹²⁷ Die lückenlose Registrierung aller West-Ost-Migranten in Kerblochkarten erlaubte die Feststellung von »Konzentrationen« im Kreismaßstab, auf Betriebsebene sowie nach bestimmten Merkmalsgruppen wie Beruf, Zugehörigkeit zu Verbänden u.ä.m. Es stellte somit ein kollektives Überwachungsinstrumentarium dar.

Diese komplexe Kontrolle der West-Ost-Migranten nach innen wurde ergänzt durch eine restriktive Prüfung Einwanderungswilliger aus der Bundesrepublik nach außen.¹²⁸

Die Aufnahme der Zuziehenden setzte voraus, dass sie sich aktiv zur DDR bekannten; die Aufnahme der Rückkehrer wurde davon abhängig gemacht, dass sie Reue zeigten.¹²⁹

Die Zeichen der Abschottung waren auch auf dem Politikfeld der West-Ost-Migration unverkennbar. Staat und Partei schränkten ihre Zuzugswerbung ein und etablierten ein umfassendes Kontroll- und Überwachungssystem hinsichtlich der West-Ost-Migration. Aus einer nur wenige Wochen vor dem Mauerbau für das Kollegium der Volkspolizei erstellten Bestandsaufnahme der »Bevölkerungsbewegung« geht hervor, dass sich die aufnahmepolitischen Entscheidungsträger mit dem Rückgang der »Westzugänge« abgefunden hatten.¹³⁰ Seit der Verkündung der ökonomischen Hauptaufgabe auf dem V. Parteitag im Sommer 1959 zeigte sich eine rückläufige Entwicklung der West-Ost-Migration. 1960 war sie gegenüber 1959 von 63.083 auf 42.472 Personen, d.h. um mehr als ein Drittel (bzw. 20.000) zurückgegangen; gegenüber 1958 hatte sie sich um mehr als ein Fünftel von 54.600 auf 42.479 (12.000) vermindert.

Die DDR vermochte es nicht, die Bundesrepublik – wie Ulbricht auf dem V. Parteitag im Sommer 1958 im Kontext der »Neuen Ökonomischen Hauptaufgabe« verkündete – im Systemwettstreit um den höheren Lebensstandard zu überholen. Das Jahr 1959 hatte zwar eine kurzzeitige Erholung der wirtschaftlichen Situation in der DDR gebracht. Nach vorläufiger Einschätzung der Forschung war dies jedoch nur durch einen

125 Vgl. Schreiben Grünstein, 1. Stellvertreter des Ministers des Innern an die Räte der Bezirke vom 21.4.1960, BA, DO 1-34/54135, Bd. 17.

126 Dienstanweisung des Leiters der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei Nr. 6/60 vom 9.4.1960, MdI, Z 3 (Schriftgutverwaltung).

127 Dienstanweisung des Ministers des Innern Nr. 25/60 vom 20.6.1960 sowie Durchführungs-Anweisung Nr. 1 zur Dienstanweisung des Ministers des Innern Nr. 25/60 vom 12.6.1960, MdI, Z 3 (Schriftgutverwaltung).

128 Die Vorlage wurde Ende August unter dem Titel »Erhöhung der Sicherheit bei der Aufnahme und gesellschaftlichen Eingliederung von Rückkehrern und Zuziehenden aus den Westzonen und Westberlin« eingebracht und beschlossen. Protokoll Nr. 38 der Sitzung des Sekretariats vom 29.8.1960, BA, SAPMO, Dy 30 J IV/2/3/699; Erste Ausarbeitungen der Beschlußvorlage lagen bereits Anfang Juni 1960 vor und wurden auch nicht mehr grundlegend geändert. Vgl. Vorlage für das Sekretariat des Zentralkomitees vom 5.6.1960, D-01 34/31858 sowie Aktennotiz Pilz (ZK-Abteilung Sicherheit) an Sorgenicht (ZK-Abteilung Staat und Recht) vom 16.6.1960, BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/401.

129 1. Ergänzung zur Dienstanweisung des Ministers des Innern Nr. 7/57 vom 22.10.1960, MdI, Z 3 (Schriftgutverwaltung).

130 Vgl. Protokoll der Cheftagung der HVDVP vom 25.5.1961, BA, DO 1-11/104, Bl. 93–122.

hohen Propagandaaufwand und auf Kosten der Ausschöpfung der letzten ökonomischen Reserven möglich gewesen.¹³¹ Die wider besseres Wissen im Politbüro übersehenen Krisenzeichen der späten 1950er Jahre traten im Laufe des Jahres 1960 umso stärker zutage. Auch dem politischen Kalkül des Berlin-Ulтимatums, die Fluchtbewegung durch die Kontrolle der Zufahrtswege und durch die völlige Abschottung Westberlins zu stoppen, blieb der erhoffte Erfolg so lange versagt, wie die Sowjetunion ihre Machtprobe gegenüber dem Westen noch in anderen diplomatischen Gefilden suchte.¹³² So gesehen spiegelt sich in der Entwicklungsdynamik auf dem Politikfeld der West-Ost-Migration die allgemeine außenpolitische Entwicklungstendenz der Abschottung gegenüber dem Westen wider. Die DDR-Wirtschaft hatte sich bis Frühjahr 1961 in eine derart ausweglose Situation manövriert, dass sie ihre Bündnispartner im Warschauer Pakt auf eine rigorose Abkoppelung der Wirtschaft der Bundesrepublik drängte.¹³³

Neben diesen außenpolitischen Problemen war die instabile innenpolitische Lage Ursache für die Abschottung gegenüber der West-Ost-Migration. Zu den großen innenpolitischen Schwierigkeiten der DDR gehörten die hohen Zahlen der erneuten Abwanderung und der Rückschleusung.¹³⁴ Aus der synoptischen Zusammenschau der Rückweisungsstatistik und der Statistik der »erneuten« Abwanderung – ex-post – ergaben sich für die DDR in den Jahren vor dem Mauerbau hinsichtlich der West-Ost-Migration sehr desillusionierende Befunde. Nicht nur die Zahlenentwicklung der West-Ost-Migration war seit Jahren rückläufig, sondern es blieben auch immer weniger West-Ost-Migranten in der DDR. Sowohl die Abschiebung unerwünschter als auch die freiwillige Abwanderung erwünschter West-Ost-Migranten waren Ende der 1950er Jahre bereits sehr hoch. Der Anteil der erneut republikflüchtig gewordenen West-Ost-Migranten war von dem

131 Von den neueren Darstellungen vgl. *Christoph Kleßmann*, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1997 (2. überarbeitete und erweiterte Auflage), S. 308–318; *Mitter/Wolle*, 1993, S. 305–327; *Michael Lemke*, *Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt*, Berlin 1995, S. 50 ff.; *Dietrich Staritz*, *Geschichte der DDR*, (Erweiterte Neuausgabe), Frankfurt/Main 1996, S. 178–184; *André Steiner*, *Politische Vorstellungen und ökonomische Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer. Briefe Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow*, in: *Hartmut Mehringer* (Hrsg.), *Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik*, München 1995, S. 233–268; *Patrick Major*, *Vor und nach dem 13. August 1961: Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer*, AfS 39, 1999, S. 325–354, hier: S. 328 ff.; *John P. S. Gearson*, *Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis (1958–1962). The Limits of Integration and Force*, Basingstoke 1998; *Hermann Weber*, *Geschichte der DDR* (aktualisierte und erweiterte Neuausgabe), München 1999, S. 216 ff.

132 Einen guten Einblick in das Crescendo der Auseinandersetzungen und die Determiniertheit deutschlandpolitischen Agierens durch die wirtschaftliche Lage in der DDR sowie der weiterhin offenen Fragen, trotz verbesserter Quellenlage, hinsichtlich der »langen Vorgeschichte« des Mauerbaus geben *Staritz*, 1996, S. 185–196, und *Lemke*, 1995, S. 119–169. Zu der »handelspolitischen Abschottungsstrategie« am Beispiel von Eisen und Stahl vgl. *Friedrich von Heyl*, *Der innerdeutsche Handel mit Eisen und Stahl 1945–1972. Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg*, Köln 1997, insb. S. 124–164.

133 Die Entscheidung für den »Mauerbau« als letzte Ausflucht aus einer von Krisensymptomen allerorten gezeißelten Wirtschaft und Gesellschaft des DDR-Staates war noch nicht definitiv gefallen. Sie war jedoch Anfang 1961 auch keine deus-ex-machina-Lösung mehr, sondern lag mehr oder weniger bereits in der Luft. Bei der März-Tagung der Warschauer-Pakt-Staaten schlug Ulbricht vor, die zunehmende Fluchtbewegung durch eine Absperrung Westberlins zu stoppen. Vgl. hierzu *Staritz*, 1996, S. 192.

134 Zusammenstellungen dieser brisanten Indikatoren über mehrere Jahre lassen sich in den Quellen nicht finden. Daher kann die Frage, inwiefern und in welchem Maße diese den Entscheidungsträgern in ihrer ganzen Reichweite bekannt waren, nicht abschließend beantwortet werden.

sehr hohen Niveau von nahezu einem Viertel (1959: 22,0%; 1960: 25,2%) auf mehr als zwei Fünftel (1961: 44,4%) angestiegen.¹³⁵ Die Kategorie »Rückschleusung« verzeichnete in den Jahren 1960 und 1961 einen etwa gleichbleibend hohen Anteil von nahezu einem Fünftel (1960: 21,5%; 1961: 23,1%) und weist damit gegenüber 1959 (10,9%) eine satte Verdopplung auf.

Die hohen Abwanderungsquoten stellten jedoch keineswegs ein spezifisches Resultat der instabilen politischen Lage der Jahre vor dem Mauerbau dar. Seit den frühen 1950er Jahren klagten die Behörden über das »schnelle Verschwinden« vieler West-Ost-Migranten. Von 1959 bis 1963 wurden die »erneuten Abwanderer« schließlich eigens statistisch erfasst. Die Migrationsforschung bezeichnet dieses Phänomen als »Remigration« und sieht darin einen wesentlichen Indikator für eine misslungene Integration.¹³⁶ Zum Stichtag 30. Juni 1961 waren weniger als zwei Drittel der West-Ost-Migranten, die seit Anfang des Jahres 1954 aus der Bundesrepublik gekommen waren, dauerhaft in der DDR ansässig geworden. Dabei sind die Unterschiede zwischen Rückkehrern und Zuziehenden beachtlich: Von den aus der Bundesrepublik zurückgekehrten ehemaligen »Republikflüchtlingen« blieben immerhin fast zwei Drittel in der DDR; bei den Zuziehenden war es nicht einmal die Hälfte. Signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich dabei nicht feststellen. Ehemalige Bundesbürger hatten – so eine mögliche Interpretation – weniger enge Bindungen an die DDR; daher ließen sie sich weniger oft endgültig in der DDR nieder und suchten bei Schwierigkeiten erneut eine Lebens- und Berufsperspektive in der Bundesrepublik. Die erneute Abwanderung spiegelt ein statistisches Ergebnis wider. Darüber sollten die menschlichen Tragödien, die sich dahinter verbergen, nicht vergessen werden.¹³⁷ Diese Daten zeigen auf, dass viele West-Ost-Migranten sich nicht dauerhaft in der DDR einlebten, obgleich die Migrationsbürokratie auf eine rasche Eingliederung drängte.

8. DIE SCHWIERIGE INTEGRATION DER WEST-OST-MIGRANTEN: ZWISCHEN EINGLIEDERUNG UND ERNEUTER ABWANDERUNG

Die historische Rekonstruktion des Postulats »Eingliederung« ist auf die Analyse der praktischen Ansätze in der DDR, das Problem zu steuern, angewiesen. Sie führt daher in die politische Arena der »Umsiedler«-Problematik.¹³⁸ Im administrativen Eingliederungskonzept für West-Ost-Migranten fanden sich konzeptionelle Vorstellungen, die hinsichtlich der »Umsiedler« bereits sehr ähnlich formuliert waren.¹³⁹ Es bestand aus drei aufeinander folgenden Schritten: Aufnahmeheim, Zuweisung von Arbeit und Wohnung sowie politische Erziehung. Untersagt waren Interessenszusammenschlüsse, die zur Herausbildung einer Gruppenidentität unter Schicksalsgenossen hätten beitragen können.¹⁴⁰

135 Vgl. BA, DO 1-8/301/1 bis 303/1. Eigene Berechnungen.

136 Treibel 1999, S. 27 ff.

137 Vgl. hierzu ausführlich Schmelz 1999, S. 101–104.

138 In der DDR wurden die Flüchtlinge und Vertriebenen der Jahre 1945–1950 aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und aus Ostmittel- und Südosteuropa als Umsiedler bezeichnet. Vgl. Philipp Ther, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956, Göttingen 1998.

139 Johannes Hoffmann/Manfred Wille/Wolfgang Meinicke, Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, in: Manfred Wille (Hrsg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993, S. 23–26, hier: S. 17.

140 Protokoll über die Tagung mit den Leitern der Bezirksverwaltungen am 29. August 1954, BA, DO 1-34/3627.

Das Selbstverständnis von »Eingliederungsarbeit« gegenüber West-Ost-Migranten wurde nur selten zusammenhängend beschrieben. Eines der wenigen Beispiele stellte eine sogenannte »Vorlesung« dar, die den Titel »Die richtige Eingliederung der Rückkehrer und Zuziehenden aus Westdeutschland und Westberlin in das gesellschaftliche Leben der Deutschen Demokratischen Republik« trug.¹⁴¹ Sie richtete sich an Verwaltungsangestellte, die innerhalb der Migrationsbürokratie tätig waren.

Das gesamte Konzept orientierte sich an der Maxime, keine Sonderentwicklung aufkommen zu lassen, und ging davon aus, dass Rückkehrer und Zuziehende »keine besondere Kategorie von Menschen« seien.¹⁴² Sie sollten gleichsam in der Gesellschaft aufgehen und keine eigene soziale Schicksalsgruppe konstituieren. In der Regel sollte die Eingliederung innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein. Als wesentliche Voraussetzung für den Erfolg galt ihre gründliche Vorbereitung. Diese setzte mit der Vermittlung von Arbeit und Wohnraum schon während des Aufenthaltes in den Aufnahmeheimen ein. Die Akteure in den Kommunen sollten die Wünsche der West-Ost-Migranten respektieren, damit staatliche Behörden weniger Eingaben erhielten. Es oblag der Verantwortung eigens eingesetzter kommunaler Kommissionen, allgemeine und individuelle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die einer »schnellen Eingliederung« entgegenstanden. Ferner stellte die politische Erziehung, d.h. die Entwicklung des »sozialistischen Bewusstseins«, eine wichtige Voraussetzung für einen gelungenen Integrationsverlauf dar. Um von Anfang an keine Sonderentwicklung der West-Ost-Migranten zu fördern, sollten sie in die allgemeine politische Erziehungsarbeit einbezogen und auf gruppenspezifische »zusätzliche Veranstaltungen« verzichtet werden. Nur in Ausnahmefällen wurden Veranstaltungen speziell für diese Zielgruppe als sinnvoll erachtet, so z.B. um sie bei der Ankunft in der DDR über praktische Fragen zu informieren.

West-Ost-Migranten – ganz gleich ob Rückkehrer oder Zuziehende – sollten also nicht als soziale oder politische Gruppe in Erscheinung treten, die eigene Forderungen artikuliert. Dieser administrativ formulierten Konzeption von Eingliederung lag letztlich die Erwartungshaltung der Unterordnung zugrunde, die mit einem starken Konformitätsdruck einherging. Im Zentrum des integrationspolitischen Handelns stand das Bemühen um die Vermittlung eines Arbeitsplatzes und einer Wohnung. Als Reaktion auf den Juni-Aufstand 1953 hatte die Aufnahmebürokratie der DDR festgelegt, dass die West-Ost-Migranten bevorzugt mit Arbeit und Wohnraum versorgt werden sollten.¹⁴³ In der kommunalen Praxis wurden diese Vorgaben nur zögerlich umgesetzt bzw. schnell unterlaufen. Auf Druck der Öffentlichkeit wurden sie offiziell erst im Sommer 1957 aufgegeben. Doch ungeachtet der offiziellen Vorgaben hatten viele West-Ost-Migranten – wie im folgenden skizziert wird – angesichts der Rahmenbedingungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie vor dem Hintergrund der sozialen und politischen Spannungen einen beschwerlichen Neuanfang.

Angesichts der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik war es erklärter politischer Wille des Arbeitsministers, der im Auftrag des Politbüros handelte, jedem West-Ost-Migranten in der DDR einen Arbeitsplatz zu garantieren.¹⁴⁴ Bis Mitte der 1950er Jahre waren die Arbeitsmarktchancen von West-Ost-Migranten aufgrund der Rahmenbedingungen nicht immer gut. Als Folge der Abwanderung in den Westen machte sich in einigen Wirtschaftsbereichen der DDR immer stärker ein Mangel an Arbeitskräften

141 Die richtige Eingliederung der Rückkehrer und Zuziehenden aus Westdeutschland und Westberlin in das gesellschaftliche Leben der Deutschen Demokratischen Republik, undatiert, wahrscheinlich 1960, in: BA, DO 1-34/31857.

142 Ebd.

143 Protokoll, Ständige Kommissionen für Inneres, VP und Justiz des Bezirkstages vom 27. März 1962, in: Brandenburgisches LHA, RDB/Pdm. Rep. 401, Nr. 3497, Bl. 14–18.

144 Arbeitsanweisung vom 22.6.1953, in: BA, DQ 2/1683.

bemerkbar.¹⁴⁵ Dennoch standen häufig Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in einem wenig ausgewogenen Verhältnis zueinander. So galt das Überangebot an Arbeitskräften in bestimmten Branchen als eine maßgebliche Ursache für die Abwanderung von DDR-Jugendlichen in die Bundesrepublik.¹⁴⁶ In zahlreichen Betrieben gab es einen Überhang an Arbeitskräften, vor allem bei Fachleuten. Jugendliche wurden demzufolge nach ihrer Ausbildung berufsfern untergebracht.¹⁴⁷ Ein weiteres Grunddilemma bestand darin, dass sich Fachministerien nicht in ausreichendem Maße für die Arbeitsvermittlung von Fachkräften einsetzten. Im Gegenteil: Durch wiederholte Weisung an die ihnen unterstellten Betriebe, die das Gebot der »Wachsamkeit« in den Vordergrund rückten, versperrten oder behinderten sie gar den Weg zur Beschäftigung von Zugewanderten aus der Bundesrepublik.¹⁴⁸ Nicht zuletzt verzögerte sich die Vermittlung von Arbeitskräften aufgrund einer wenig effizienten überregionalen Arbeitsverwaltung. Angebot und Nachfrage konnten so nur ungenügend in Übereinstimmung gebracht werden.¹⁴⁹

Das Hauptproblem einer Erstbeschäftigung unterhalb der beruflichen Qualifikation hing ursächlich auch mit der Haltung des Ministeriums für Arbeit zusammen, das sich auf Minimalvorgaben für die Eingliederung der West-Ost-Migranten in den Arbeitsprozess verständigt hatte. Der Erfolg der lokalen Arbeitsverwaltung maß sich an der Zuweisung eines Arbeitsplatzes an sich. Welche Abstriche die Betroffenen dabei an ihre mitgebrachten Erwartungen machen mussten, verschweigen die Berichte.¹⁵⁰ Enttäuschend war für viele West-Ost-Migranten, dass sich ihr erster Arbeitsplatz weder in der Vergütung noch im Qualifikationsprofil mit ihren Vorstellungen deckte. Die vorwiegende Beschäftigung von West-Ost-Migranten in der Landwirtschaft, im Bergbau und auf dem Bau erklärt sich durch den akuten und permanenten Arbeitskräftebedarf in diesen Wirtschaftssektoren.¹⁵¹ Ohne die Option, West-Ost-Migranten zu rekrutieren, hätten einheimische Arbeitskräfte aus anderen Tätigkeitsbereichen durch höhere Löhne abgeworben werden müssen.¹⁵² West-Ost-Migranten verrichteten in der DDR häufig Arbeiten, die einheimische Arbeitnehmer aufgrund der niedrigen Entlohnung bzw. der schlechten Arbeitsbedingungen nicht ausführen wollten.¹⁵³ Dieser Rekrutierungsmodus führte dazu, dass Zuwanderer aus Westdeutschland in vielen Betrieben dieser Branchen zur Randbelegschaft gehörten, was auch zu einer zumindest vorübergehenden Unterschichtung führte.

Der Eintritt bzw. Wiedereintritt in das Berufs- und Arbeitsleben in der DDR war nicht selten mit beträchtlichen Statuseinbußen verbunden. West-Ost-Migranten konnten oft nicht an ihre alte Lohn- und Berufsposition anknüpfen. Zumindest vorübergehend mussten sie sich auf wenig attraktive Beschäftigungsverhältnisse einlassen. Verantwortlich dafür waren insbesondere sicherheitspolitisch motivierte Auflagen der Behörden.

145 Dierk Hoffmann, Der Weg in die Planwirtschaft. Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR, in: Deutschland-Archiv 32, 1999, S. 209–223, hier: S. 217 ff.

146 Schreiben der Bezirksleitung der SED Erfurt an das ZK, 30.5.1956, in: BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/397

147 Informationsbericht über die Bevölkerungsbewegung im Bezirk Leipzig, in: Ebd.

148 Bericht über arbeits- und wohnungsmäßige Unterbringung, 12. April 1954, BA, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/395.

149 Aktenvermerk vom 21. März 1955, BA, DQ 2/1684.

150 Schreiben Macher an ZK vom 21. Juni 1954, in: BA, DQ 2/1684.

151 Peter Hübner, Arbeiter und sozialer Wandel im Niederlausitzer Braunkohlerevier von den dreißiger bis Mitte der sechziger Jahre, in: Peter Hübner (Hrsg.), Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 und 1970, Berlin, S. 23–60.

152 Rückkehrer und Zuziehende in der DDR, Mai 1958, Brandenburgisches LHA, RdB/FfO, Rep. 601, Nr. 7811.

153 Ebd.

Je stärker eine Berufsrichtung von kaderpolitischen Sonderkriterien betroffen war, desto schwieriger gelang ein Einstieg in den Beruf ohne Umweg über eine weniger qualifizierte Beschäftigung. Viele Jugendliche mussten sich erst einmal mit Hilfsarbeiten durchschlagen, bevor sie eine Lehrstelle erhielten und konnten dabei oft ihren Berufswunsch nicht erfüllen.¹⁵⁴

West-Ost-Migranten aus kaufmännischen Berufen und Verwaltungsberufen machten etwa ein Zehntel der West-Ost-Migration aus. Sie waren besonders oft gezwungen, unterhalb ihrer eigentlichen Qualifikation zu arbeiten.¹⁵⁵ Bei der Ankunft in der DDR wurden sie aufgrund ihres westlich geprägten Ausbildungsprofils häufig zunächst für Hilfsarbeiten eingesetzt. Höchst schwierig gestaltete sich auch die Arbeitsvermittlung für spezielle Berufe wie Schauspieler, Journalisten, Künstler, Lehrer oder Rechtsanwälte. Angesichts dieser Situation konnten sich folglich die beruflichen Erwartungen der Zugewanderten häufig nur langfristig erfüllen und erforderten geduldige Anpassung.

Vielen West-Ost-Migranten erschwerte auch die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt und die mangelhafte Wohnqualität den Neuanfang in der DDR. Unter dem Ansturm einheimischer Wohnungssuchender wehrten sich die Wohnungsämter nicht selten gegen die zentrale Weisung, jene, die zuletzt in die DDR gekommen waren oder der DDR gar explizit den Rücken gekehrt hatten, nun zu bevorzugen. Bei den örtlichen Verteilungskämpfen mussten sich Rückkehrer wie Zuziehende in der Warteschlange für den begehrten Wohnraum de facto ganz hinten anstellen. Viele lokale Wohnungsämter verfolgten ihre eigene Strategie und missachteten die Weisung, West-Ost-Migranten bevorzugt unterzubringen. Das Problem bestand darin, dass die Angestellten der kommunalen Wohnungsverwaltung den Anträgen der einheimischen Wohnungssuchenden gegenüber denen der West-Ost-Migranten meist den Vorzug gaben.

Die Anwesenheit der West-Ost-Migranten löste erhebliche soziale und politische Spannungen aus. Dabei ist die Frage nach der Perzeption von West-Ost-Migranten in der Gesellschaft der DDR kompliziert. Meinungen und Einstellungen der DDR-Bevölkerung lassen sich für die 1950er und 1960er Jahre nur schwer erfassen.¹⁵⁶ In den Quellen sind vor allem Stereotype und soziale Vorurteile zu finden, die vereinfachte Meinungsbilder repräsentieren (Marefka 1982; Lüdtke 1997). Überliefert werden vorwiegend alarmierende Berichte, Beschwerden und Proteste. Über Zeiten jedoch, in denen die Verhältnisse erträglich oder zufriedenstellend waren, gibt es kaum Material.

Mit Missbilligung registrierte ein Bericht, der 1954 für das Politbüro angefertigt wurde, zwei entgegengesetzte »Tendenzen« im Umgang der Verwaltung mit den West-Ost-Migranten: »[...] z.T. werden den Zugezogenen alle Vergünstigungen und jede Unterstützung gewährt, ohne die geringste Wachsamkeit zu üben. Zum anderen werden vielfach die Zugezogenen als Agenten, Arbeitsbummelanten oder zumindest als lästiger Zuwachs betrachtet.«¹⁵⁷ In dieser Kritik zeigt sich die ambivalente Grundhaltung der DDR-Regierungspolitik im Umgang mit den West-Ost-Migranten: Es sind die zwei Gesichter einer politischen Grundhaltung, die Mary Fulbrook in der Zwittergestalt von »Paternalismus« und »Paranoia« beschrieben hat.¹⁵⁸ Unter den Alteingesessenen bildeten sich ablehnende Haltungen und in hohem Maße Vorbehalte gegen die West-Ost-

154 Bezirk Frankfurt/Oder, Jahresanalyse für das Jahr 1954, 12. Januar 1955, Brandenburgisches LHA, RdB/Ffo, Rep. 601, Nr. 5478.

155 Informationsbericht über die Betreuung von Rückkehrern und Zuziehenden in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Schwerin, Februar 1959, BA, DO 1-11/966, Bl. 11–16, hier: Bl. 16.

156 Heinz Niemann, Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro, Köln 1993.

157 Bericht über die illegale Abwanderung im Jahr 1954, BA, SAPMO, Dy 20/V/2/13/395.

158 Mary Fulbrook, *Anatomy of Dictatorship*, Oxford 1995, S. 23 ff.

Migranten heraus. Sehr oft distanzierten sich Einheimische im alltäglichen Umgang von West-Ost-Migranten.

Soziale Spannungen bis hin zu handgreiflichen Konflikten waren vor allem am Arbeitsplatz sichtbar. Vielerorts vernahm die Arbeitsverwaltung ein regelrechtes Klagelied über »das ständige Kommen und Gehen« von West-Ost-Migranten und deren definitives Wegbleiben von der Arbeit, ohne dass die Betriebsleitung darüber informiert worden war.¹⁵⁹ Die Ablehnung der West-Ost-Migranten reichte so weit, dass in zahlreichen Betrieben Neuankömmlinge aus dem Westen – auch bei Arbeitskräftemangel – nicht mehr eingestellt wurden. Selbst wohlgesonnene Parteigenossen waren der Meinung, dass nicht »zu viele solcher Menschen« beschäftigt werden sollten.¹⁶⁰

Soziale und ökonomische Vorurteile traten dort zutage, wo es um die Verteilung knapper öffentlich verwalteter Güter ging. Solche Bereiche stellten vor allem der staatlich regulierte Wohnungsmarkt sowie die Zuteilung begehrter Geldleistungen dar, die von vielen DDR-Bürgern als ungerecht empfunden wurde. Es waren dies Kreditzuteilungen sowie die Gewährung von Übergangsgeldern. Übersehen wurde dabei, dass die Leistungen ohnehin zurückgezahlt werden mussten und nicht einmal zur Anschaffung des nötigsten Hausrates ausreichten. Einheimische Wohnungssuchende, die oft jahrelang auf die Zuteilung einer besseren Wohnung warteten, äußerten »Sozialneid« und »Frustration«. Ihr Missmut entlud sich unkritisch gegen alle Rückkehrer und Zuziehenden, wenn sie erlebten bzw. nur davon hörten, dass ein Neuzuzügling sofort eine Wohnung bekam – ganz gleich welche Ausstattung sie aufwies. Wütende Reaktionen provozierten vor allem auch die im Zuge der »Politik des Neuen Kurses« gewährten Erstattungen des konfiszierten Vermögens sowie die Gewährung von Krediten für West-Ost-Migranten. Konfliktstoff und Zielscheibe für Empörung boten dabei an erster Stelle die Nutznießer der Politik des Neuen Kurses, vor allem dann, wenn sie in den Gemeinden ohnehin keinen guten Ruf genossen.¹⁶¹ Die Zuwanderer aus dem Westen erschienen im öffentlichen Meinungsbild als ungebetene Gäste, die die Staatskasse unnötig strapazierten.

In den Betrieben waren es die sich alltäglich abspielenden Formen der Ost-West-Konfrontation, die Unruhe verursachten. So fasste eine Analyse der Eingaben beschwerdeführender West-Ost-Migranten im Dezember 1956 das Unverständnis der Einheimischen darüber, warum sie in die DDR gekommen bzw. zurückgekehrt waren, wie folgt zusammen: »Das Verhalten der Kollegen in den Arbeitsstellen ist oftmals unfreundlich und drückt zum Teil aus, dass es dumm ist, in die DDR überzusiedeln. Viele kommen sich nach ihren Angaben wie Eindringlinge vor.«¹⁶² Das Verhalten der Arbeitnehmer gegenüber West-Ost-Migranten in den Betrieben reichte von leichter bis zu schwerwiegender Ablehnung. Dabei mischten sich politisch und sozial motivierte Geringschätzung.¹⁶³

Die Distanzierung der Einheimischen gegenüber West-Ost-Migranten soll soweit gegangen sein, dass sie in ihren ursprünglichen sozialen Milieus nicht mehr aufgenommen wurden. So berichtete ein Flüchtling aus der DDR über die kollektive Schicksalslage der Rückkehrer in der DDR:

»Von den Insassen des Lagers Eisenach sind die meisten anständige Leute unter den Rückkehrern, die aus irgendeinem Grunde wieder in die Zone zurückkehren, sei es aus Heimweh oder weil ihnen irgend etwas in der Bundesrepublik nicht gefällt oder weil sie keine Existenz oder keine Wohnung fanden. Aber auch, wenn diese Leute als im Grund anständig angesehen werden können, werden sie

159 Bericht Zeitraum Oktober – Dezember 1954, BA, DQ 2/2682.

160 Informatorischer Bericht vom 21. März 1955, BA, SAPMO, Dy 30/V/2/13/396.

161 Informationsdienst, Nr. 2369 vom 18.11.1954, BStU, ZA, AS 9/57, Bl. 173–196.

162 Aktennotiz vom 8. Dezember 1956, SAPMO, Dy 30 IV/2/13/397.

163 Situationsbericht für das II Quartal 1955, Mecklenburgisches LHA, RdB Schwerin, Nr. 3924b.

in der Regel nie wieder in ihrem alten Bekanntenkreis aufgenommen, und sogar ihre Verwandten behandeln sie mit Vorsicht. Es gilt als ein Makel und eine Minderwertigkeit, wenn jemand aus der Bundesrepublik in die SBZ zurückkommt, gleichviel weshalb.«¹⁶⁴

Auch die aus der Bundesrepublik Zugezogenen erlebten häufig keinen einfachen Start; sie wurden von Mitschülern, Arbeitskollegen oder in der Nachbarschaft gemieden. Die auffallendste Konstante in den Erzählungen der interviewten West-Ost-Migranten ist, dass bereits ihr Entschluss zum Weggang in die DDR auf Verwunderung und »Kopfschütteln« stieß und von nächsten Angehörigen, Freunden und Bekannten in der Bundesrepublik oft mit Schimpf und Schande aufgenommen wurde.

Das skizzierte Meinungsbild kann aufgrund der Quellenlage keine differenzierten Verhaltensmuster widerspiegeln. Stigmatisierende Urteile sind charakteristisch für die Einstellungen und das Verhalten gegenüber Rückkehrern und Zuziehenden. Es gab nur selten anerkennende Stimmen in den Beurteilungen und dem Einstellungshabitus der altansässigen Bevölkerung. Das ablehnende Votum über die West-Ost-Migranten hatte sicher eine gewisse Rechtfertigungsfunktion. Sie waren unter anderem Sündenböcke für die eigene Unzufriedenheit mit dem Leben im Sozialismus. Insbesondere die Kaderleitungen sahen sich mit der Betreuung der West-Ost-Migranten überfordert. Sie mag die Suche nach einer plausiblen Begründung, warum man keine West-Ost-Migranten einstellen wollte, dazu verleitet haben, den negativen Duktus eher noch zu verschärfen und die »schlechten Erfahrungen« überhöht darzustellen. Aus Sicht der DDR-Behörden traten West-Ost-Migranten oft nicht devot genug auf. Dem Einleben von West-Ost-Migranten in der DDR standen starke Ressentiments der Einheimischen entgegen.

9. SCHLUSS

Im zeitlichen Verlauf war der Umfang der Wanderungsbewegung zwischen dem Westen und dem Osten des geteilten Deutschland in den Jahren 1949 bis 1961 – abgesehen von einer Hochphase der Jahre 1954 bis 1957 – tendenziell rückläufig. Damit ging eine Abnahme qualifizierter Berufe einher. Berufsstrukturell konnten Positionen, die durch die hohe Abwanderung vakant geworden waren, in immer geringem Maße durch qualifizierte West-Ost-Migranten besetzt werden. Während familiäre und persönlich-private sowie wirtschaftliche Motive bei der Abwanderung aus der Bundesrepublik in die DDR eine herausragende Rolle spielen, waren politische Motive bei der West-Ost-Wanderung von untergeordneter Bedeutung. Bei der Rückkehr aus der Bundesrepublik in die DDR war häufig die soziale Kontaktsituation das ausschlaggebende Motiv. Doch werden erst detaillierte Motivforschungen differenzierte Aussagen erlauben.

Insgesamt entwickelte sich die Politik der SED gegenüber der West-Ost-Migration von der Staatsgründung bis zum Mauerbau in einem ambivalenten Spannungsverhältnis von (An-)Werbung und Abschottung. Sie wies zwei Gesichter auf, die sich in Anlehnung an Mary Fulbrooks Charakterisierung der Mentalität der Herrschenden zwischen den Polen von »Paternalismus« (großzügige Aufnahmepolitik) und »Paranoia« (krankhaftes Misstrauen) bewegte.¹⁶⁵ Die Zuzugs- und Rückkehrförderung begann im Jahr 1952/53 als Reaktion auf die Abwanderungskrise in den Westen und kleidete sich in Form einer klassischen Anwerbepolitik. Die Werbemaßnahmen scheiterten vielfach an völlig unrealistischen Erwartungen der politisch Verantwortlichen und am fehlenden Vertrauen in die sozialistische Gesellschaft unter den Adressatengruppen in der Bundesrepublik.

164 Flüchtlingsaussage vom 7.3.1960, BA, B 285/533.

165 Vgl. Fulbrook, S. 22 f.

Aufgrund der offenen Aufnahmepolitik in der ersten Hälfte der 1950er Jahre fanden sich nach Ansicht der DDR-Migrationsbürokratie in immer stärkerem Maße unerwünschte West-Ost-Migranten ein, darunter sogenannte »Kriminelle«, »Arbeitsscheue« und »Pendelwanderer«. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre setzte sich daher unter Zuspitzung der deutsch-deutschen Auseinandersetzung und innenpolitischen Problemlagen eine restriktive Aufnahmepolitik durch. Insbesondere während der Berlinkrise orientierte sich die Migrationsbürokratie zusehends an den Sicherheitsinteressen des Staates: Es bildete sich in den frühen 1960er Jahren ein Überwachungsapparat heraus, der West-Ost-Migranten individuell und kollektiv als Gruppe kontrollierte. Integrationspolitisch rückte die Migrationsbürokratie im Jahr 1957 angesichts des breiten politischen und sozialen Misstrauens in der Verwaltung und der Bevölkerung gegenüber den West-Ost-Migranten offiziell von einer Politik der Bevorzugung ab. Als Reaktion auf die schwierige Ausgangssituation wanderten sehr viele West-Ost-Migranten schon nach kurzer Zeit wieder ab. Im gesellschaftlichen Miteinander lösten sie heftige soziale und politische Spannungen aus, die ihr Randgruppendasein verdeutlichen: Die einheimische Bevölkerung verhielt sich auffallend distanziert. Insbesondere die schlechten Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt weisen darauf hin, dass die Mehrheit der West-Ost-Migranten sich in einer marginalisierten Ausgangssituation befand. Privilegierte West-Ost-Wanderer waren in der Minderzahl. Obgleich die Nachfrage nach Arbeitskräften im Laufe der 1950er Jahre anstieg, blieb die berufsfremde Beschäftigung ein Dauerproblem. West-Ost-Migranten wurden als Arbeitskräftereserve genutzt; ihre Beschäftigung führte zur Unterschichtung. West-Ost-Migranten erlebten in der heißen Phase des Kalten Krieges, den 1950er und 1960er Jahren, Ressentiments in der Aufnahmegesellschaft, die sie als Erfahrung – auf sehr ähnliche Weise – mit den Ost-West-Migranten in der Bundesrepublik teilten.